



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

472 (13.10.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-205915](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-205915)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich frei ins Haus gebracht Mark 300. — Durch die Post bezogen Vierteljahr Mark 900. — Einzelnummer Mk. 6.00. Postfach Nr. 17000 Karlsruhe in Baden und Nr. 2017 Ludwigshafen am Rhein. Komplettschließung E & S. Geschäfts-Redaktions-Nachricht. Waldhofsstraße Nummer 6. Fernsprecher Nummer 7940, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal.

Anzeigenpreise: Bei Vorauszahlung die 11. Zeile Mk. 30. — Stellengef. u. Vermittlung 20%. Nachl. Reklamen Mk. 100. — Annahmefrist: Mittwoch vorm. 8 Uhr. Abendbl. nachm. 7 Uhr. Für Anzeigen an bestimmte Tagen, Stellen u. Ausgabem. keine Verantwortung. Höhere Gewinne, Steuern, Betriebsausgaben usw. berechnen zu sein. Erfahrungsgelohn f. ausser. oder beschränkte Ausgaben oder für verfallene Aufnahme von Anzeigen. Postgebühr durch Fernsprecher ohne Gewähr.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz und Recht. Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung.

Die Maßnahmen gegen die Markentwertung

Die Devisen-Notverordnung

des Reichspräsidenten wird nunmehr veröffentlicht. Ihr Inhalt bezieht sich mit dem bereits gestern mitgeteilten Auszug. Erwähnenswert sind lediglich noch die Bestimmungen, daß § 1 die Zahlung in ausländischen Zahlungsmitteln bei Inlandsgeschäften nicht gestattet, angeboten, ausbezahlt, geleistet oder angenommen werden darf. Im Kleinhandelsverkehr ist auch die Preisstellung in inländischer Zahlungsmitteln auf der Grundlage einer ausländischen Währung verboten. Der Erwerb ausländischer Zahlungsmittel ist nur nach vorheriger Genehmigung der Prüfungsstelle zulässig, in deren Bezirk der Auftraggeber seine gewerbliche Niederlassung beim Wohnsitz oder Aufenthalt hat. Die Auftraggeber haben vor oder beim Abschluß des Geschäfts einen Beleg in drei Stücken, bei Kaufverträgen in zwei Stücken einzureichen, aus denen der Name, Stand, gewerbliche Niederlassung, Wohnsitz oder Aufenthaltsort, Wohnung, Finanzamt und Gegenstand des Geschäfts und soweit es sich um den Erwerb von ausländischen Zahlungsmitteln handelt, der Verwendungszweck ersichtlich ist. Geschäfts, die entgegen dem Verbot des § 1 abgeschlossen werden, sind nichtig. Vorläufige Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafen in Höhe des Ein- bis Zehnfachen des Wertes der ausländischen Zahlungsmittel zum Kurs am Tage der Strafhandlung oder mit einer dieser Strafen bestraft. In leichteren Fällen kann auf eine geringere als die zulässige Mindeststrafe erkannt werden.

Zur Überwachung der Durchführungen sind die Reichsbankstellen bestimmt und nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, die Außenhandelsstellen. Das hängt damit zusammen, daß im besetzten Gebiet die Außenhandelsstellen teilweise unter Entente-Kontrolle stehen. Die Reichsbank selbst wird infolgedessen in der Notverordnung vorgezeichnete, gewissermaßen polizeiliche Aufsicht über den Devisenverkehr nicht ausüben, weil sie fürchtet, dadurch das Vertrauensverhältnis zu ihren Kunden zu beeinträchtigen.

Ueber die Gründe

die die Reichsregierung veranlaßt haben, die in der Notverordnung vorgezeichneten Maßnahmen zu ergreifen, auf die auch der Reichspräsident selbst mit Nachdruck hingewirkt hat, hat der Sozialpolitiker im Reichswirtschaftsministerium Dr. Hirsch Westermann gegenüber nähere Ausführungen gemacht. Er schilderte zunächst die bekannte Tatsache, daß die Steigerung der Devisenpreise eine gleichlaufende Preissteigerung zur Folge hat, die eine weitere Steigerung der Not bedeutet, da selbst die Lohnsteigerungen immer wieder überholt werden. Diejenigen, die auf Papiermarken und Kapitalien angewiesen sind, sind nahezu ihres gesamten Vermögens beraubt worden, so daß sich Verzweiflungskämpfe in weite Kreise eingeschlichen hat, die für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands von besonderer Bedeutung sind.

Aber auch außenpolitisch ist die Entwicklung auf dem deutschen Devisenmarkt auf die Dauer unerträglich. Man würde im Ausland nicht verstehen, wenn die Regierung nicht alles täte, was in ihrer Macht steht. Die Gründe, die bisher außenpolitisch die Mark entwertet haben, nämlich der Einkauf von Devisen zu Reparationszwecken ist § 1. Durch die Steigerung der Reparationsleistungen ist es nicht möglich, daß aus innenpolitischen Gründen die Mark immer mehr entwertet wird. Daher hat die Reichsregierung nunmehr eine Reihe von Maßnahmen währungs- und wirtschaftspolitischer Natur ins Auge gefaßt, von denen die neue Notverordnung die erste darstellt. Neben den bisherigen Maßnahmen gegen die Wertverluste sollen versucht werden, ein wirtschaftliches, innerdeutsches Zahlungsmittel zu schaffen, um dadurch die verhängnisvolle Entwicklung auf dem innerdeutschen Markt zu befechtigen.

Die Notverordnung ist nur für kurze Zeit gedacht und soll demnächst durch ein Gesetz ersetzt werden. In der Verhängung der Notverordnung, deren Entwurf vom Reichswirtschaftsministerium schon vor etwa 4 Wochen dem Kabinett vorgelegt wurde, hat der Umstand lediglich beigetragen, daß eine Notverordnung nach Artikel 48 der Verfassung nur erlassen werden kann, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht ist. Erst als die Devisensteigerung einen solchen Umfang angenommen hatte, daß die Reichsregierung nach den Gutachten der zuständigen Stellen die Gefahr von Unruhen unmittelbar als gegeben ansah, glaubte sie den Weg der Notverordnung beschreiten zu können.

Gleichzeitig mit dieser Notverordnung sollte nach dem ursprünglichen Plan die Ausgabe von Goldmarken wieder erfolgen. Das Reichskabinett wollte aber hierüber nicht Bescheid wissen, ohne eine Aeußerung des Reichsfinanzministers vorliegt.

Kritik der Bankwelt

Berlin, 13. Okt. (Von unserem Berliner Büro.) Wie die „D. Z.“ erfährt, hat der Zentralverband für das deutsche Bankgewerbe auf morgen eine Sitzung einberufen, um zur neuen Devisenordnung Stellung zu nehmen. Man soll in Bankkreisen recht verstimmt mit sein, weil der Erlaß ergangen ist, ohne Rücksicht mit den beteiligten Vertretern des deutschen Bankgewerbes. Man meint auch, daß lediglich das solide Bankgewerbe nicht über die Schieker, von der neuen Verordnung getroffen werden würden. Weiter hält man die technische Durchführung der Devisenkontrolle durch die Reichsbankstellen für kaum durchführbar.

Auszahlung der Pfennig-Rechnung

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat sich aufgrund einer Eingabe dafür ausgesprochen, daß im staatlichen Gebietsverkehr Beträge bis zu 50 Pfennig nicht mehr abgerechnet und Beträge über 50 Pfennig auf volle Mark nach oben abgerundet werden, wobei die Erwartung ausgesprochen wurde, daß die Privatwirtschaft diesem Vorgehen folgen werde.

Finanzielle Schwierigkeiten in Berlin

Berlin, 13. Okt. (Von unserem Berliner Büro.) Der Berliner Oberbürgermeister hat in einer Besprechung mit den Fraktionsführern der Stadtverordnetenversammlung diesen die erschütternde Mitteilung gemacht, daß Berlin unmittelbar vor einer Katastrophe stehe und demnächst zahlungsunfähig sein würde, wenn die Steuern und die Tarife für die Straßenbahn nicht sofort erhöht würden. Er hat die gleiche Erklärung dann auch noch im Plenum wiederholt, wenn die Steuern nicht kommen und die Straßenbahn nicht auf 20 Mark erhöht würde, könnte Berlin die erhöhten Löhne nicht zahlen. Berlin hätte auch schon die Straßenbahnbauten stilllegen müssen. Sehr entschieden wandte sich der Oberbürgermeister gegen die Verkehrspolitik der Reichsregierung. Er hätte die Personentaxe ziemlich niedrig, erhöhe aber die Güter-

tarife unerhöht. Auf diese Weise können wir wirtschaftlich immer mehr zurück. Der 20 Mark Tarif wird in Berlin am kommenden Dienstag eingeführt werden. Der sofortigen Verabschiedung der Vorlage widersprochen gestern die Kommunisten.

Bradburys Plan zur Sanierung der deutschen Finanzen

Berlin, 13. Okt. Der englische Delegierte in der Reparationskommission Bradbury hat einen Plan zur Sanierung der deutschen Finanzen ausgearbeitet und diesen Plan der Reparationskommission vorgelegt. Das „Journal des Debats“ schreibt offiziell, die Reparationskommission erörterte gegenwärtig diesen Plan, der nach englischem Wunsch der deutschen Regierung zur Annahme empfohlen werden soll. Die Vor schläge seien sehr kühn, würden aber nicht ohne zahlreiche Änderungen und Zusätze von der Reparationskommission genehmigt werden. Nach dem Blatt bemüht sich die Kommission, neue Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die deutschen Finanzen wieder aufzubauen.

Der „Temps“ bestätigt nach einer Pariser Drahtung, daß die Reparationskommission sich mit einem neuen Vorschlag Bradburys zur Sanierung der deutschen Finanzen beschäftigt. Ueber die Einzelheiten würde noch strenge Discretion gewahrt. Bradbury soll aber eine Kontrolle von größerer Strenge, jedoch gleichzeitig ein längeres Moratorium, etwa einen Zahlungsausschub um weitere 2 Jahre, zu erreichen wünschen. Diesen Vorschlag hat Bradbury schon im August gemacht, soll ihn aber nun noch mit einigen Einzelheiten versehen haben, die der neuen Sachlage angepaßt wurden.

Die in Berliner Kreisen verlautet, soll vor drei Tagen bei der Reichsregierung eine Note der Entente eingegangen sein, die bisher noch nicht veröffentlicht wurde. In dieser Note werde eine bis ins kleinste gehende fremde Finanzkontrolle verlangt, die sich auch auf Handel und Gewerbe erstrecken soll.

Wir geben diese Nachricht mit Vorbehalt wieder, da eine Bestätigung aus zuständigen Stellen nicht zu erlangen war. Beachtenswert ist jedenfalls auch eine Aeußerung der „Times“, die schreiben, der ernste Zustand der deutschen Finanzen werde jetzt von der Reparationskommission erwogen. Die französische Regierung sei für eine strengere Kontrolle durch die Alliierten. Anscheinend sei die britische Regierung der Ansicht, daß die Alliierten bei einer solchen Kontrolle nicht versuchen sollten, Zahlungen während des nächsten und möglicherweise auch des darauffolgenden Jahres einzuziehen.

Die interalliierten Schulden Frankreich

Paris, 12. Okt. Der „New York Herald“ schreibt, die Depeschen aus Washington über die Bezahlung der interalliierten Schulden hätten einen hohen Beamten des Finanzministeriums veranlaßt, gewisse Erklärungen abzugeben, die wie folgt resumiert werden können:

1. Nach dem Studium der augenblicklichen Lage in Europa glaubt die französische Regierung, daß Frankreich nicht im Stande sei, seine Schuld gegenüber Amerika zu begleichen, noch während der nächsten vier Jahre die Zinsen zu bezahlen wegen der Notwendigkeit, in der sich Frankreich befindet, alle seine Einnahmen für den Wiederaufbau der zerstörtesten Gebiete zu verwenden.
2. Frankreich könne den Vorschlag des Senators Lodge nicht annehmen, der darin bestehe, die Verzinsungen durch neue Garantien zu ersetzen unter der Bedingung, daß der Zahlungstermin und die Zinsen endgültig festgesetzt würden.
3. Die französische Regierung suche eine neue Formel, um das Reparationsproblem und des Problems der Schulden zu lösen. Es liege in ihrer Absicht, dem nächsten Finanzkongress, der am 12. November in Brüssel zusammentreten und dem Poincaré beizutreten werde, eine Lösung vorzuschlagen. Diese Lösung hätte zur Folge, die deutsche Schuld und die Pensionen sowie die sonstigen Zuwendungen zu verringern und die Forderungen Frankreichs so um 25 Prozent herabzumindern.

England

London, 11. Okt. Neuer stellt mit, daß die britische Regierung die nötigen Maßnahmen reift, um am 16. Oktober der New Yorker Bundesreserve-Bank 50 Millionen Dollars zu bezahlen, die die Zinsen der britischen Schuld an die Vereinigten Staaten für ein Jahr darstellen.

EP. London, 12. Okt. Die „Financial Times“ teilen mit, daß der englische Schatzkanzler Sir Robert Horne spätestens am 30. Oktober nach Amerika abreisen werde.

Amerika

Berlin, 13. Okt. Amerika fährt fort, seine Stellung Europa gegenüber zu verteidigen. Offizielle Erklärungen treten nach einem Punkt aus New York der ständigen Wiederholung des Vorwurfs entgegen, daß Amerika nicht bereit sei, etwas für Europa zu tun. Wie sehr sich Amerika bemühe, den unter den Nachwirkungen des Krieges leidenden Völkern Europas zu helfen, habe sich schon im Rahmen Osten gezeigt, wo es für die Rettung und Unterstützung der Flüchtlinge mehr getan habe als irgend eine andere Nation. Die amerikanische Regierung begünstige auch die Anlage amerikanischer Kapitalien im Ausland. Seit Harding die Politik der Rüstungsbeschränkung einleitete, hätte er natürlich auch die Handelsbeschränkung in Europa ins Auge gefaßt. Die Sperzung des amerikanischen Kredits für Zwecke der Kriegsrüstungen gebe der amerikanischen Regierung eine bedeutsame Macht zur Aufrechterhaltung des Friedens, denn die meisten Völker könnten keine Kriege führen, ohne Anleihen aufzunehmen und lediglich die Vereinigten Staaten seien in der Lage, Anleihen großen Stills zu gewähren.

Französische Rüstungen zur See

Nach einer Mitteilung des „Figaro“ wird beim Wiederaufbau des Parlaments der Marineminister einen Gesetzentwurf über den Ausbau der Flotte einbringen. Des Vast glaubt zu wissen, daß für die Durchführung des Planes 20 Jahre vorzusehen sind. Der Gesetzentwurf bestimme die Delimitation jeder Jahresschiffbauquote, ohne jedoch die Zahl der Einheiten festzusetzen. Diese solle durch Bauprogramme für einen kürzeren Zeitraum (5-6 Jahre) bestimmt werden. Anscheinend solle vorgeschlagen werden für Vanzettekreuzer 175 000 Tonnen, die durch die Washingtoner Abmachungen zugelassene Riffel von 330 000 Tonnen für leichte Einheiten und 65 000 Tonnen für Unterseeboote.

Der demokratische Parteitag

In Gießen war in den letzten Tagen der demokratische Parteitag versammelt, der im Vergleich zur Vergangenheit der Partei manch anderen Zug aufwies. So hat sich z. B. sehr im Gegensatz zu den Verhandlungen in Bremen die weitaus überwiegende Mehrheit der demokratischen Parteimitglieder für die Arbeitgemeinschaft der Mitte ausgesprochen. Von einer sehr großen Anzahl von Vertretern stimmten nach Beratungen der demokratischen Parteipresse selbst nur 21 dagegen und etwa die doppelte Anzahl enthielt sich der Stimme. Man darf darin eine gründliche Niederlage desjenigen Flügels erblicken, der sich um die „Frankfurter Zeitung“ gruppiert und die Politik fortsetzen möchte, die der Demokratischen Partei bei der letzten Reichstagswahl schwerste Einbuße zugezogen hat. Die Apokalypse der „Frankfurter Zeitung“ sehen ihr einziges Heil in völliger Abhängigkeit von den Sozialisten und wehren sich verzweifelt gegen den Verbot, mit bürgerlichen Parteien zusammenzutreten zu wollen, selbst wenn das unter Umständen auch zu einer Frontlinie gegen die Sozialisten führen könnte. Man ersieht daraus, daß die große Mehrheit der Demokratischen Partei doch die Lehre beherzigt hat, die ihr sowohl die letzte Reichstagswahl wie eine Reihe von Landeswahlen erteilt hat.

In einem gewissen inneren Zusammenhang mit der Frage der Arbeitgemeinschaft steht die der Erfüllungspolitik. Selbst diejenigen Demokraten, die von Anfang an der sogenannten Erfüllungspolitik im Gegensatz zur Deutschen Volkspartei das Wort geredet haben, sind allmählich mit wenigen Ausnahmen zu der Einsicht gelangt, daß ihre Erwartungen bitter enttäuscht worden sind. Gerade die Volkswirtschaftler der Demokratischen Partei, wie Dernburg, Gothein usw., haben die ungeheure Gefahr richtig erkannt, die in dem Beitritt lag, die Welt von dem guten Willen Deutschlands bis zu einem Grade zu überzeugen, der das wirtschaftliche Leben unseres Vaterlandes aufs schwerste geschädigt, wenn nicht schon im inneren Kreis getroffen hat. Nunmehr sind sich wohl so ziemlich alle darüber einig, wohin wir auf dem Weg der Erfüllungspolitik geraten sind. Jetzt kann es sich nicht mehr darum handeln, den unfruchtbaren Streit über Vergangenes fortzuführen, sondern wir müssen sehen, wie wir aus unserer Not herauskommen und retten können, was noch zu retten ist. Hauptbedingung hierfür ist eine gesunde Wirtschaftspolitik, die gefährliche Sozialisierungsversuche und ähnliche Experimente sorgfältig vermeidet und radikalen Forderungen der Sozialdemokraten der Boden entzieht.

Eine lebhafteste Auseinandersetzung hat auf dem Demokratischen Parteitag der Reichstagsabgeordnete und frühere Volkskammer in Washington und Konstantinopel, Graf Bernstorff, hervorgerufen, der mit mehr Eifer als Geduld seinen alten Gedanken verfocht, Deutschland müsse unter allen Umständen dem Völkerbund beitreten. Er sprach in Phoraxer Worten einen scharfen Gegner, der um so wirksamer sprechen konnte, als er selbst aus dem besetzten Gebiet kam und mit eigenen Augen gesehen hat, wie ohnmächtig der Völkerbund ist, wenn es sich um die Abstellung von Missetaten handelt. Graf Bernstorff vertritt die Auffassung, daß Deutschland um jeden Preis Mitglied des Völkerbundes werden müsse, weil es dann besser instande sei, im Völkerbundstar und in der Völkerbundsoberaufsicht seine Interessen zu verteidigen. Das klingt sehr schön. Aber gerade Graf Bernstorff als früherem Volkskammer in Washington sollte die Tatsache besonders lebhaft vor Augen stehen, daß Amerika dem Völkerbund ferngeblieben ist und nicht daran denkt, ihm nachträglich beizutreten. Solange der Völkerbund nicht eine ganz andere Gestalt und ein ganz anderes Gesicht annimmt, solange er nur ein Werkzeug in der Hand Frankreichs zur Verdrängung Deutschlands ist, solange nicht einmal die Gewähr vorhanden ist, daß Deutschland auch nur einen Sitz im Völkerbund erhält, solange muß es mit der Würde Deutschlands als Großmacht, die es trotz seiner Niederlage noch immer ist und sein wird, unvereinbar gelten, das Gefüge um Aufnahme in den Völkerbund zu stellen. Mit der Anbiederung und Untermüßigkeit haben wir wahrhaftig so schlechte Erfahrungen gemacht, daß uns nicht nach neuen Demütigungen stellen sollte.

In der politischen Entwicklung der nächsten Zukunft wird der Demokratischen Partei eine nicht unwichtige Rolle zufallen, und sie hat eine schöne Gelegenheit, sich von ihren schweren Verlusten wieder etwas zu erholen. Dazu gehört als Vorbereitung, daß auch die Demokratische Partei dauernd ihrer Einheit als bürgerliche Partei bewußt bleibt. Innerhalb der Arbeitgemeinschaft muß zunächst über die wichtigsten Fragen der inneren und äußeren Politik eine Verständigung herbeigeführt werden, um festen Boden unter den Füßen zu haben. Sade der beiden bürgerlichen Parteien der jetzigen Koalition, also der Demokraten und des Zentrum, wird es sein, sich mit den Sozialdemokraten über das Programm auseinanderzusetzen. Sind diese dafür zu haben, so kann der Gedanke der großen Koalition sprudeln werden. Ist das nicht der Fall, so liegt die Entscheidung bei den beiden bürgerlichen Koalitionsparteien, ob sie die Ehegemeinschaft mit den Sozialdemokraten in der Regierung fortsetzen oder diesen die Regierung allein überlassen wollen. Die Deutsche Volkspartei hat keine Veranlassung, sich irgendwie hervorzudrängen, sondern wird in Gemütsruhe abwarten, ob überhaupt der Ruf zum Eintritt in die Regierung an sie ergehen wird.

Austritt Dr. Hummels aus der badischen Regierung

Aus Karlsruhe wird folgende überraschende Meldung verbreitet:

Staatspräsident Dr. Hummel hat gestern dem badischen Kabinett von seiner Absicht Mitteilung gemacht, mit Ablauf seines Staatspräsidentiums sein Amt als Unterrichtsminister niederzulegen. Er ist zu diesem Entschluß lediglich aus dem Grunde gekommen, weil er ein Angebot nicht zurückweisen zu dürfen glaubt, das ihn wieder auf das Gebiet seiner eigentlichen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen zurückführt. Dr. Hummel wird nach Rücktritt von seinen Ämtern unter Beibehaltung seines Landtagsmandats in die chemische Großindustrie übertreten.

Die demokratische Landtagsfraktion hielt bereits gestern Nachmittag eine Fraktionsversammlung ab und billigte den Entschluß Dr. Hummels, dem sie für seine erfolgreiche Tätigkeit als Staatspräsident und Minister den herzlichsten Dank aussprach. Weiter gab die Fraktion ihrer Genehmigung darüber Ausdruck, daß Dr. Hummel auch nach seinem Austritt aus der Regierung der Fraktion als Berater und der Partei als Vorstehender erhalten bleibe. Eine Entscheidung, wen die Fraktion als neuen Kultusminister vorschlägt, ist noch nicht gefallen.

* Die Erhöhung der Karosellgebühren ist vom Reichsrat genehmigt worden.

Die Interpellationsdebatte in der französischen Kammer

Paris, 12. Oktober.

Kammer und Senat haben heute nachmittags ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Auf Anfragen des Kammerpräsidenten erklärte Ministerpräsident Poincaré, die Regierung sei bereit, sofort alle Interpellationen, die sich auf die innere und äußere Politik der Regierung beziehen, zu beantworten.

Der radikalsozialistische Abg. Margain

Er spricht die beiden wichtigen Ereignisse, die die öffentliche Aufmerksamkeit seit dem Schlusse der Kammerberatungen in Anspruch genommen hätten, nämlich die deutsche Zahlungsweigerung und die Niederlage der Griechen. Beide Ereignisse hätten eine Diskusion zwischen Frankreich und seinen Alliierten herbeigeführt. Die nicht abzulassende Einstellung des deutschen Gewandens auf die Roomer Konferenz nicht ohne Einfluß auf die allgemeine Politik Frankreichs bleiben, aber es sei keineswegs notwendig, daß diese Politik imperialistisch sei. In Genes sei Frankreich nicht isoliert gewesen, wie man gedacht habe. Es habe die Unterstützung der Kleinen Entente gefunden neben anderen Unterstützung. Unbegreiflicherweise aber habe die französische Politik gegen Rußland es dem Alldeutstum entgegengebracht. Das ausländische Kapitalvermögen fühle sich verletzt durch diese Untröstlichkeit Frankreichs. Er vertrat die Ansicht, die fehlerhafte Außenpolitik der französischen Regierung habe Polen und Jugoslawien Deutschland in die Arme getrieben, sie habe ferner zu einer Steigerung der wirtschaftlichen Beziehungen des Saargebietes und Lotharingens zu Deutschland geführt. Im Orient habe Frankreich nicht die Neutralität beobachtet, die es hätte beobachten müssen. Im unteren Poinecare mit den Worten: „Die französische Regierung hat durch die Zurückziehung ihrer Truppen zur Aufrechterhaltung des Friedens im Orient beigetragen.“ Die französischen Truppen seien ohne Befolgen der Regierung nach Libanon geschickt und zurückgerufen worden, als die Regierung davon erfahren hatte.

Der linksdemokratische Abg. Javet

Interpellierte über die innere und äußere Politik der Regierung. Er führte aus, die Politik Poincarés habe Frankreich in eine schwierige Lage gebracht und den Frieden gefährdet. Poincaré habe die Fehler seiner Politik durch brutale Haltung zu verhängeln gesucht. Es wäre richtiger gewesen, dem französischen Volke offen zu sagen, daß neue Zugeständnisse in der Reparationsfrage unvermeidlich seien. Frankreich müsse seine Forderungen der effektiven Leistungsfähigkeit Deutschlands anpassen. Die deutschen Zahlungen seien jetzt nur im Wege internationaler Anleihen möglich. Geld sei aber nur bei französischen und neutralen zu haben. Frankreich müsse auf die Friedensauflösung dieser Geldgeber Rücksicht nehmen. Die Anleihen könnten nicht an Frankreichs Friedenswillen, und zwar zu Unrecht, wenn die Masse des französischen Volkes in Frage komme. Der Versailles Vertrag müsse als zum Teil befristet gelten. Die Erhaltung des Friedens sei wohl ein Ziel, aber es müsse auch ein Ziel sein. Seit Poincarés Ernennung hätten sich die französisch-englischen Beziehungen stark abgekühlt. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland zustande komme und Europa endlich seine Einheit und seine gemeinsame Rolle erkennen möge. Javet empfiehlt eine Politik der Klugheit und Mäßigung, jede andere Politik würde unvermeidlich in einigen Jahren zu einem neuen Kriege führen. Eine große Strömung im Lande sei gegen jede Politik der Abenteuer gerichtet. Das ganze Land werde sich erheben und dem Staatsmanne Selbstverleugung, der die Politik der Klugheit, der Mäßigung und der Toleranz in die Praxis umsetze, die es verlange.

Hierauf interpelliert der sozialistische Abg. Sabot über den Weltfrieden.

Das Abkommen von Mudania

Nach einem Konstantinopeler Bericht über die Schlußfassung in Mudania geben die Tärken in der Frage der neutralen Zone und der Stärke der türkischen Gendarmerie für Thraxien nach. Zur Frage der neutralen Zone bemerkt General Harrington, es handle sich hier um einen Punkt, der den Geist und nicht die Form des Abkommens treffe. Er erklärte sich bereit, James Balfour die Hand darauf zu geben, daß auf beiden Seiten guter Wille bei der Ausführung dieses Abkommens obwalten werde. Als von allierter Seite vorgeschlagen wurde, die Stärke der türkischen Gendarmerie für Thraxien nicht auf 10 000 sondern nur auf 8000 Mann festzusetzen, hätten sich die Tärken nicht widerstet.

Nach halbamtlichen Mitteilungen weisen die Bestimmungen des Abkommens von Mudania gegenüber dem veröffentlichten Wortlaut einige Abänderungen auf. Es war ursprünglich vorgesehen, daß die türkische Besetzung Thraxiens 30 Tage nach der Räumung beginnen sollte. Die Tärken und die Griechen haben es indes vorgezogen, den erwähnten Zeitraum auf 45 Tage festzusetzen und zwar vom Tage des Inkrafttretens des Abkommens an.

Nach einer Meldung des „Newport Herald“ aus Konstantinopel wird Major Morris, der der amerikanischen Hilfeorganisation in Smyrna angehört und sich dort außerordentlich bemüht, die Räumung Thraxiens von der türkischen Bevölkerung seien.

Das Abkommen wird, wie man aus Konstantinopel weiß, am Samstag in Kraft treten.

Orientalien unterzeichnet

Bevila, 12. Okt. (Von unserem Berliner Büro.) Nach einer Meldung aus Athen unterzeichnete die griechische Regierung die Besetzung, daß sie das Abkommen von Mudania in drei Tagen unterzeichnen wolle, sie wolle nur noch die Rückkehr der Delegierten ab, um von ihnen über die Bedingungen des Abkommens, besonders was die Räumung Thraxiens betrifft, aufgeklärt zu werden.

Amerikas Haltung zum Abkommen von Mudania

Paris, 12. Okt. Ueber das Verhalten Amerikas zu dem Abkommen von Mudania gibt August Gouvain im „Journal des Debats“ folgende Auffassung: Die Rückkehr der Tärken nach Europa und die Rückkehr von Smyrna, die die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten den Tärken zuschreibt, rufen in religiösen amerikanischen Kreisen eine Entrüstung hervor, die sich in Kundgebungen von bedeutender politischer Tragweite äußert. Sehr gut informierte Kreise versichern, daß die republikanische Partei und Präsident Harding bei den nächsten allgemeinen Wahlen die Weigerung der Regierung gegenüber der Armenier und aller Christen im osmanischen Reich zu unterstützen, teuer bezahlen werde. Der Wahlerfolg der Republikaner war bereits fraglich gewesen. Er wurde nur noch unwahrscheinlicher, seitdem Staatssekretär Hughes die Aufforderung der Botschaft, sich mit den Angelegenheiten der Tärken zu befassen, abgelehnt hat. Die Empörung ist schließlich so groß geworden, daß die amerikanische Regierung einen Panzerkreuzer an die Küste Kleinasien schicken mußte. Gouvain sagt hinzu, daß die Vereinigten Staaten, die ihre Sympathien für Griechenland bekunden, nach der eben erwähnten Wendung sich von Europa und der europäischen Politik zurückziehen werden.

England und der Irak

London, 12. Okt. Zwischen Großbritannien und König Kessol ist ein Vertrag unterzeichnet worden, der auf gegenseitigen Grundlagen die Beziehungen Mesopotamiens und Großbritanniens regelt. Dieser Vertrag wurde gestern abends als Weltbuch veröffentlicht. Er ist Großbritannien für zwanzig Jahre die Kontrolle über die wichtigsten Angelegenheiten und die Finanzen Mesopotamiens. Einseitig enthält er Bestimmungen, die mit dem Mandat des Völkerbundes zusammenhängen. Woher heißt es darin, Mesopotamiens in den Völkerbund aufgenommen sein, ohne ein britisches Mandat. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten können dann solche sein, wie zwischen souveränen Staaten sein, mit Ausnahme der durch den Vertrag vorgesehenen Einschränkungen.

Der Rathenau-Mordprozess

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

§ Leipzig, 12. Oktober.

Der Verteidiger Günther, Rechtsanwalt Gollwiz, sieht den Beweggrund des Mordes nicht in den schlechten Eigenschaften, die dem Angeklagten von allen Seiten angehängt wurden, sondern in seiner krankhaften Wut. Nur dadurch, daß man sich an den Stübchenraucher Nordplan erinnerte, sei der Angeklagte in die Nordbühne verwickelt worden. Der Verteidiger war als erster die Frage auf, ob es sich bei der Ermordung Dr. Rathenaus nicht doch nur um einen Lotjoch handelt, da nicht erwiesen sei, daß die Täter die Tat mit voller Ueberlegung ausführten. Er nahm für seinen Klienten verminderte Zurechnungsfähigkeit in Anspruch und trat den übrigen Verteidigern bei, den Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte nicht abzuerkennen.

Der Verteidiger des Angeklagten von Salomon trat der Behauptung des Oberstaatsanwalts entgegen, daß es sich um die Glieder einer Rette handle. Der Zustand, in dem die Rörder Kern und Fischer auf Buig Saalstedt aufgefunden wurden, sei der beste Beweis dafür, daß es sich nicht um einen von einer Organisation vorbereiteten Mord gehandelt habe, sondern nur um die Tat von Einzelnem. Der Verteidiger stellte dann fest, daß Waffenschließungen, in die eine der Reichsregierung nahelebende Stelle verwickelt gewesen sei und die Befreiung von Gefangenen im besetzten Gebiet tatsächlich beabsichtigt gewesen sei. In diesen beiden Angelegenheiten sei der Angeklagte von Salomon beteiligt gewesen, und er müsse daher der Ansicht gewesen sein, daß das Auto zu diesen Zwecken gebraucht werden sollte. Der Verteidiger trat dann ebenso wie die Verteidiger von Warnede und Niedrig für die Freisprechung ihrer Klienten ein.

Der Verteidiger Steinbeds, Rechtsanwalt Dr. Bloch, betont, daß es dem Angeklagten nicht möglich gewesen sei, zu seiner Entlastung die notwendigen Angaben zu machen, weil bei Besprechung dieser Angaben in der Öffentlichkeit das Reich ungeschoren Schaden gehabt hätte, da man keinem Antrag die Öffentlichkeit während der Vernehmung des Angeklagten ausschließen, nicht statgeben habe. Er gab lediglich die Erlösung ab, daß deutsche Brüder in Rot jenseits der deutschen Grenze sich an den Angeklagten gewandt hätten, ihnen Waffen zu verschaffen, damit sie sich gegen ihre Bedrücker wehren könnten. Da beabsichtigt war, die Waffen ins Ausland zu schaffen, habe Steinbed ständig unter dem Einbruch gefanden, das Auto werde zu diesen Waffenschließungen gebraucht. Er beantragte deshalb Freisprechung.

Der Verteidiger Wesmann beantragte gleichfalls nach längerem Ausführungen Freisprechung sowohl von der Anklage der Beihilfe als der Begünstigung. Die Verhandlungen werden morgen von dem Verteidiger von Schütz und Diesel, Dr. Alberg, fortgesetzt.

Ein Gnadengesuch für Werner Lechow

§ Leipzig, 12. Okt. Wie heute im Reichsgerichtsgebäude erzählt wird, soll beim Staatsgerichtshof ein Gnadengesuch der Mutter des ermordeten Ministers Dr. Rathenau für den Angeklagten Werner Lechow eingeleitet sein. Da eine Befristung dieser Meldung bis zur Stunde noch nicht zu erlangen war, muß die Nachricht mit allem Vorbehalt aufgenommen werden.

Die vergifteten Pralines

Wie von unterrichteter Seite bestätigt wird, ist als Ergebnis der chemischen Untersuchung der ominösen Pralines festgestellt worden, daß sie tatsächlich präpariert waren. Und zwar enthalten sie erhebliche Mengen von Arsenit. Die Krankheitserscheinungen, vor allem bei Warnede, sind tatsächlich die einer Arsenvergiftung. Der Urheber des Vergiftungsanstoches ist noch nicht ermittelt.

Die Sanitätskommission der Ver. Sozialpartei in Preußen hat eine große Anfrage eingebracht, warum gegen den Bräunemann Stübchenraucher, der wiederholt Nordbühnen gegen Rathenau geschändet und Nordbühnen ausgearbeitet hatte, nicht einmal im Wege der Schußstrafe vorgegangen worden ist.

Der Landesverratsprozess Fischenbach

Das Sachverhalte des Sachverhalts

München, 12. Okt. Aus dem dem Sachverständigen Dr. Zimmer, dem Vizepräsidenten der deutschen Vorkriegsallianz, ermittelten Gutachten sind folgende Grundzüge besonders hervorzuheben: Der Sachverständige ist der Auffassung, daß die Verurteilung der Erbsünder-Deutscher durch Fischenbach nicht geeignet gewesen sei, das Wohl des Deutschen Reiches zu schützen, da diese Deutscher bereits veröffentlicht war. Bezüglich des Ritter-Telegramms wies der Sachverständige ausdrücklich darauf, daß die Veröffentlichung von außerordentlichen Schäden für Deutschland sein mußte. Festzustellen sei, daß von der Zeit der Veröffentlichung des Ritter-Telegramms an eine ungenügende Wirkung für Deutschland klar zu beobachten war. Bezüglich der Fälschung des Sachverhalts-Berichts durch Eisner ist der Sachverständige der Auffassung, daß Eisner wohl eine objektive wie auch eine subjektive Fälschung dieses Berichts begangen habe, daß also

Eisner als bewußt politischer Untertänflischer anzusprechen sei. Von besonderer Bedeutung waren die Ausführungen des Sachverständigen über das Rotterdamer Bureau, in dem er ein politisches Informationsbureau für eine fremde Macht erblickt. Der Leiter des Rotterdamer Bureaus sei zweifellos nicht der „Windhund Goppa“, sondern ein Deutscher, der sich an eine fremde Macht verkauft habe. Alle Angeklagten hätten sich über den Charakter des Rotterdamer Bureaus klar sein müssen, wenn auch nicht von einem Spionagerbureau im eigentlichen Sinne gesprochen werden könne. Die Berichte Bemdes seien zum Teil geeignet gewesen, in der ihnen gegebenen Form, besonders bei einer Veröffentlichung in der Presse, schädlich zu wirken. Auch die Berichte Fischenbachs seien in gleicher Richtung zu beurteilen. Die Berichte Bemdes hätten der Sachverständige für erfinden, die Fischenbachs seien teilweise übertrieben und zeigten einen Hang zur Unwahrhaftigkeit. Der Sachverständige betonte u. a. noch, Eisner habe sicher in den Berliner Artikeln schwer belastendes Material zur Frage der Schuld an Kriege vermutet. Da er selbst derartiges Material nicht in der Hand hatte, habe er wohl versucht, durch die bewußte objektive und subjektive Fälschung des Sachverhalts-Berichts nachzuhelfen.

Am nachmittags wird der Staatsanwalt plädieren. Die Verhandlungen der Verteidigung werden am Freitag und Samstag in Anspruch nehmen. Das Urteil wird, wie nunmehr feststeht, erst am Samstag der kommenden Woche verkündet.

Ausschluß des Redakteurs Lembe aus der Ständesorganisation. Der Verein Münchner Berufsjournalisten, Ortsverein des Bundesverbandes der bayerischen Presse, hat den bisherigen Journalisten und Redakteur Karl Heinz Lembe wegen grober Verletzung der Ständesitte aus dem Verein ausgeschlossen. Lembe ist damit auch aus dem Landesverband und dem Reichsverband der Deutschen Presse ausgeschlossen worden.

Die Strafanträge des Staatsanwalts.

Der Staatsanwalt beantragte, die Angeklagten Fischenbach wegen eines versuchten und eines vollendeten Landesverrats, Gargas wegen vollendeten und Bemdes wegen versuchten Landesverrats zu verurteilen, und zwar Fischenbach zur Höchststrafe von 15 Jahren, Bemde zu 14 Jahren und Gargas zu 15 Jahren Zuchthaus, außerdem sämtlichen Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren abzuerkennen. Zur Begründung seines Antrages führte der Staatsanwalt aus, daß zu einer Verurteilung aufgrund des § 92 nicht erforderlich sei, daß die Angeklagten eine Schädigung des Deutschen Reichs beabsichtigt haben, es genüge vielmehr, daß die Angeklagten Schaden verursacht hätten. Fischenbach sei sich bewußt gewesen, daß die Denkschrift bei den Verbänden unbekannt war. Die Denkschrift hat Fischenbach

zweifellos aus dem bayerischen Staatsministerium entnommen. Das Telegramm des bayerischen Gesandten beim päpstlichen Stuhl nach Rom war ebenfalls als geheim anzusehen. Durch das Bekanntwerden des Telegramms wurden Schritte zugunsten Deutschlands verhindert, namentlich in der Frage der Gefangenensicherung. Auch hier war sich Fischenbach der Geheimhaltungspflicht bewußt. Durch die Veröffentlichung der Urkunden sind die Tatbestände des § 92 erfüllt. Bei seiner Nachrichtenübermittlung an Gargas habe Fischenbach versucht, geheimes Lastenmateriel dem Ausland auszuliefern. Bezüglich des Angeklagten Bemdes kam der Staatsanwalt zu dem gleichen Ergebnis hinsichtlich der Nachricht an Gargas. Bei ihm handelte es sich um einen Schriftsteller, welcher sich der Gefährlichkeit seiner Handlungsweise voll bewußt war. Darauf wandte sich der Staatsanwalt dem Angeklagten Gargas zu. Er mußte gemäß, daß das Rotterdamer Büro ein deutsch-feindliches Propagandabüro war, und daß die Berichte geheim zu halten seien.

Zum Strafmaß führte der Staatsanwalt aus, Fischenbach habe sich als Arbeiterführer an der Arbeiterkassette beteiligt. Daher sei auf die Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus zu erkennen und ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre abzuerkennen, da er aus gemeiner Geizgier gehandelt habe. Auch der Fall Bemde liege gleich schwer wie der Fall Fischenbach. Um einen Judostrich von 10 000 Mark habe dieser Angeklagte sein Vaterland verraten. Auch gegenüber ihm sei daher eine hohe Strafe und Ehrverlust zu verhängen. Gargas, der Pole, habe die ihm gewährte Gastfreundschaft mißbraucht, daher sei ebenfalls die Höchststrafe für ihn angebracht. Sämtliche Angeklagten hätten in ehrloser Gesinnung und gemeiner Geizgier gehandelt.

Die Wahl des Reichspräsidenten

Dem Reichspräsidenten ist vom Minister des Innern Dr. Röber folgendes Schreiben zugegangen:

„Der Neuwahl des Reichspräsidenten stehen rechtliche und tatsächliche Hindernisse jetzt nicht mehr im Wege. Nach § 2 des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten bestimmt die Reichstagswahl den Wahltag. Zwischen dem Beschluß des Reichstags und dem Wahltag muß für die Vorbereitung der Wahl eine mehrwöchentliche Frist liegen. Ich schlage als Wahltag Sonntag, den 2. Dezember 1922 vor und bitte hierüber alsbald einen Beschluß des Reichstags herbeizuführen.“

Aufgrund dieses Schreibens — nicht etwa einer besonderen Vorlage — wird sich der Reichstag in der nächsten Woche schlüssig zu machen haben. Wir hoffen noch immer, daß eine Form gefunden wird, die es ermöglicht, die Präsidentenwahl hinauszuschieben. Die „Vollstreckung“ behauptet heute, der Wunsch, der im gegenwärtigen Stadium namentlich auch von der Deutschen Volkspartei geäußert worden ist, nach einer Verschiebung der Reichspräsidentenwahl bis zum Sommer 1924 hätte Aussicht auf Erfüllung. Hervorragende Mitglieder der Fraktion der Deutschen Volkspartei hätten mit dem Reichspräsidenten selber und mit links und rechts von ihnen stehenden Parteien Verbindung gehabt.

Stinnes hätte sich z. B. in Paris auf, wo er mit hervorragenden offiziellen und inoffiziellen Persönlichkeiten französischer Besprechungen gehabt hätte, die über den Rahmen der Besprechungen mit Lubersac hinaus weitreichende politische Bedeutung hätten. Bei seiner Abreise nach Frankreich sei Hugo Stinnes mit dem Abg. Kempes (D. Pa.) vom Reichspräsidenten empfangen worden. Dabei hätten Kempes und Stinnes dem Reichspräsidenten ausführlich die innen- und außenpolitischen Gründe auseinandergesetzt, die z. B. gegen die Reichspräsidentenwahl sprächen.

Wie weit diese Reden auftriffen, läßt sich im Augenblick noch nicht nachprüfen. Nichts ist nach einer Meldung unseres Berliner Büros, daß bei den Besprechungen der Vorkämpfer mit dem Bischof Bauer und Dr. Röber von beiden der Wunsch geäußert wurde, Abg. Kempes möge seine Argumente doch auch dem Reichspräsidenten selber vorbringen.

Aus Paris wird übrigens gerade im Augenblick gemeldet, daß Stinnes sich nicht dort aufhalte, sondern daß im Gegenteil demnach Lubersac nach Berlin kommen werde. Die „Vollstreckung“ erzählt dann noch in demselben Zusammenhang, daß die Leitung der Deutschnationalen Volkspartei sich wirklich an Hindenburg mit dem Erlauchen gewandt hätte, eine dechnationale Kandidatur für die Präsidentenwahl anzunehmen. Der Feldmarschall habe sich dazu auch bereit erklärt. — Wir wollen hoffen, daß sich diese Meldung nicht bestätigt. Der vertriebene Marschall gehört dem alten Kaiser, auch hat Hindenburg früher schon eine parteipolitische Kandidatur abgelehnt. Hoffentlich bleibt er auch jetzt aus dem Spiel.

Neue Erhöhung der Postgebühren

Verdoppelung am 1. Dezember

Dem Reichspostministerium wird mitgeteilt, daß die fast dreifache Geldentwertung zu einer weiteren Erhöhung der Post-, Postfach-, Telegraphen- und Fernsprechngebühren nötigt. Der Verkehrsminister soll zum 24. Oktober einberufen werden. Als späterer Zeitpunkt der Einführung der neuen Gebühren ist der 1. Dezember in Aussicht genommen worden. In Frage kommt im allgemeinen ein 100prozentiger Zuschlag zu den seit dem 1. Oktober gültigen Gebühren. Beim Paketverkehr denkt man jedoch an eine Gewichtsklassifizierung von Kilogramm zu Kilogramm und beim Telegraphenverkehr an eine Befreiung der Mindestgebühr für 10 Worte.

Die Oberpostdirektion in Berlin hat rund 600 Telephonrinnen gekündigt. Die Kündigung wird mit der verminderten Zahl der Fernsprechnnehmer begründet.

Die neuen Preise für das Umlagegetreide

In der Donnerstag-Abend Sitzung des Reichsrats, die unter dem Vorsitz des Ministers Jehr stattfand, wurde ohne Aussprache die Vorlage angenommen, die die Preise für das dritte Drittel der Getreidemenge wie folgt festsetzt: Der Preis für die Loms Roggen wird von 6200 auf 20 500, Weizen von 7400 auf 22 500, Gerste von 6700 auf 19 000 Mark und Hafer von 6500 auf 18 000 Mark erhöht. Als Preisbemessung wird das Andersonverfahren zu Grunde gelegt.

Für die Regierungsvorlage stimmten 47 Stimmen, dagegen 12, und zwar Sachsen, Hamburg, Mecklenburg, Schwerin, Braunschweig, Anhalt und Lübeck.

Letzte Meldungen

Versteigerung deutscher Beschlagen in Kamerun

Büchermeldungen aus London zufolge wurden normale deutsche Beschlagen in der britischen Zone Kameruns versteigert. Das Angebot war durchaus nicht lebhaft. So wurde für eine ganze Insel nur die Summe von 115 Pfund Sterling bezahlt. Das Angebot auf ein gut ausgebautes Beschlagen am Rundstich wurde zurückgezogen, da lediglich 35 Pfund Sterling geboten wurden.

München, 12. Okt. Wie die W. R. Nachr. melden, hat die Landeswehrabteilung bei der Schubstangegesellschaft Kommando und Kapitän erhebliche Mengen Schußwaffen, man spricht von 70-80 000 Paar, beschlagnahmt, die noch zum Preise von 30 bis 100 Mark ausgezeichnet waren. Genauere Auskunft verweigert die Behörde.

Berlin, 12. Okt. Bei Bergemag wurde eine Eisenbahnbrücke der Strecke Lemberg-Borschau von unbekannten Tätern gesprengt, als ein Schnellzug sie passierte. Man vermutet als Täter Angehörige einer geheimen ukrainischen Organisation.

San Francisco, 12. Okt. Der erste Schiffsfahrtsgeheimnis in Los Angeles gehörende normale deutsche Dampfer Honolulu ist auf der Höhe von Los Angeles in Brand geraten. Die 300 an Bord befindlichen Passagiere haben sich in die Rettungsboote begeben.

Kleinrentnerfürsorge

Die Kleinrentnerfürsorge ist nunmehr auf den Grundlagen der neuen Richtlinien des Reiches in Baden neu geordnet worden. Die hauptsächlichsten Bestimmungen sind:

I. Der Antrag ist seitens des Kleinrentners, der eine Unterstützung beantragen will, beim Bürgermeisteramt (Fürsorgeamt, wo ein solches vorhanden) seiner Wohnortgemeinde zu stellen. Der Rentner kann sich hierbei der Hilfe der Ortsgruppe des Rentnerbundes, sofern eine solche sich an seinem Wohnort befindet, bedienen.

II. Voraussetzungen für die Aufnahme in die Kleinrentnerfürsorge sind, daß der Rentner: 1. deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, 2. sich vor dem 1. Januar 1920 durch Arbeit für das Alter oder Erwerbsunfähigkeit eine Jahresrente von mindestens 500 Mark, höchstens 18 000 Mark (für Rentner mit Familie entsprechend höher) oder eine entsprechende Sachverföhrung sichergestellt hat und jetzt wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit im wesentlichen auf diese Verfohrung angewiesen ist. Die untere Grenze gilt auch dann als erreicht, wenn das zugrundeliegende Vermögen bereits angegriffen worden mächte, so daß der jetzige Zinsbetrag unter 500 Mark zurückbleibt, 3. nicht auf Grund sonstiger reichs- oder staatsgesetzlicher Bestimmungen eine gleichwertige Unterstützung, z. B. Ruhegehalt, Erwerbslosenunterstützung, Rente auf Grund des Reichsverföhrungsgesetzes der Invaliden- oder Angefalltenversicherung erhält.

III. Die Unterstützung kann einmalig oder laufend sein. 1. Einmalige Unterstühtungen werden nur in besonderen Fällen gewährt. Als Beispiel gilt die jetzt auf Grund besonderer Verfohrung abgegebene Winterbeihilfe für Kleinrentner; sonst etwa bei Krankheit, Todesfall Angehöriger und dergl. Sie sollen innerhalb eines Jahres zwei monatliche Unterstühtungsbeträge nicht übersteigen. 2. Die Regel soll die laufende Unterstühtung bilden. Sie ist auf Grund eines Darlehensvertrages zu gewähren. Dabei sollen jedoch Vermögen unter 50 000 Mark und Ausstattungsgegenstände jedenfalls dann nicht herangezogen werden, wenn dies eine offensichtliche Härte bedeuten würde, insbesondere, wenn erwerbsfähige Abkömmlinge vorhanden sind.

3. Die laufende Unterstühtung ist in einer solchen Höhe zu gewähren, daß das monatliche Einkommen des Kleinrentners aus seinem Vermögen, bezw. seiner Sachverföhrung ausreicht wird. a) bei einer alleinlebenden Person bis höchstens 1 500 Mark, b) bei einem Ehepaar bis höchstens 2 250 Mark, c) für jeden arbeitsfähigen, im gleichen Haushalt lebenden unterhaltsberechtigten Angehörigen 750 Mark.

4. Der zur Auffüllung zu zahlende Betrag ist, sofern ein Darlehensvertrag vorliegt, zu 1/4 als „verlorener Zuzuschuß“ zu 2/3 als „zinsfreies Darlehen“ zu gewähren. Am Schluß des Jahres werden die Darlehen am verpländerten Vermögen abgeschrieben und dem Besitzer Rechnung gelegt. Bei dieser, sowie bei der endgültigen Abrechnung wird das Vermögen nach dem Kurswert des Tages in Rechnung gesetzt.

5. Erreicht der Gesamtbetrag des Darlehens schon vor dem Tode des Rentners die Höhe des verpländerten Vermögens, oder konnte ein Darlehensvertrag, sei es im Hinblick auf die zu geringe Höhe des Vermögens, sei es, weil eine Leibrentenversicherung vorlag, nicht abgeschlossen werden, so wird die erforderliche laufende Unterstühtung als „verlorener Zuzuschuß“ gewährt.

Städtische Nachrichten

Die Treppenhäuser müssen beleuchtet sein!

Nach dem Mannheimer Mietvertrag, der von Vertretern des Stadtrats, des Landgerichts, Gemeindegerechts, der Rechtsanwaltschaft des Grund- und Hausbesitzervereins und der Mietervereinigungen als hochamtlich genehmigt wurde, ist in der Allgemeinen Hausordnung zum Normmietvertrag im Abschnitt I bestimmt: Jeder Mieter hat die zu seiner Wohnung führenden Treppen, Gänge, Vorplätze usw. alltäglich zu reinigen, bis 9 Uhr abends zu beleuchten usw. Wo elektrische Treppenhausebeleuchtung vorhanden war, bezahlten sämtliche Mietsparteien die Beleuchtungskosten anteilmäßig und waren von der Beleuchtungspflicht entbunden. Solange diese Beträge in nahigen Grenzen blieben, war diese Frage gütlich und friedlich erledigt. Seit der die Stromkosten von der Stadt auf 35 M. erhöht wurde, verursacht die Treppenhausebeleuchtung in vielen Häusern Streit und Verdruß. In zahllosen Treppenhäusern wird die Beleuchtung einfach abgestellt. Dabei verfallen alle solcherweise Streikenden die Haftpflicht bei etwaigen Unglücksfällen. Es werden neulich manche ertrunken sein, als sie den Unfallzufall in einem unbeluchteten Treppenhause löfen, wobei die schweren finanziellen Folgen des verantwortlichen Hausbesitzers mit Absicht betont waren. Was damals in jenem Treppenhause passierte, kann heute in jedem andern auch geschehen. Alle Wohnungsinhaber — ob Mieter oder Vermieter ist gleich — geht die Treppenhausebeleuchtung deshalb viel an, die Hausbesitzer aber am allermeisten. Nach Veröffentlichung beim Bezirksamt gelten nämlich die ortspolizeilichen Vorschriften vom 21. April 1892 § 108 Ziffer 5 des Polizeiverordnungsbuches noch in vollem Umfange. Die wichtigsten Bestimmungen seien zur Verhütung möglicher Haftpflichturteilen in Erinnerung gebracht. Paragraph 1 lautet:

„In allen bewohnten Grundstücken sind die zu den Wohnungen führenden Räume, insbesondere die Treppenhöfe, Hausflure,

Gänge und Treppen vom Eintritt der Dunkelheit und spätestens vom Beginn der öffentlichen Straßenbeleuchtung an bis 10 Uhr abends, bei früherer Abschließung der Zugänge zum Grundstü bis zu dieser Zeit mit ausreichender und feuersicherer Beleuchtung zu versehen. Als ausreichend gilt die Beleuchtung nur dann, wenn sie ein ordentliches Erkennen der zu beleuchtenden Räumlichkeiten ermöglicht.“

Noch wichtiger und bei eintretenden Unglücksfällen folgenreicher ist Paragraph 4; er lautet:

„Verantwortlich für die Erfüllung vorstehender Vorschriften sind in den Fällen des § 1 die Eigentümer, bezw. deren Stellvertreter (Hausmeister, Hausverwalter), im übrigen die Inhaber der Betriebe bezw. deren Stellvertreter. Ausnahmsweise ist die Uebertragung der Sorge für die Beleuchtung durch Verträge an andere, namentlich Mieter, Hausverwalter, jedoch nur dann zulässig, wenn der Hauseigentümer nicht selbst in dem Hause wohnt. In diesem Fall kommt die Verantwortlichkeit des Eigentümers in Wegfall, wenn er der Polizeibehörde von der Bestellung des Vertreters Mitteilung gemacht hat.“

Auf Unterlassung der Beleuchtung steht der Paragraph 5 ganz empfindliche Strafen; dort steht:

„Zwangsmaßnahmen werden auf Grund des Paragraphen 108 Ziff. 5 des Pol.-St.-G.-B. an Geld bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft.“

wobei bemerkt sei, daß die Geldstrafen jetzt in zehnfacher Höhe verhängt werden, also 1500 Mark betragen.

Daneben bleibt aber die Haftpflicht bei Unglücksfällen bestehen, die bei den heutigen Straf- und Apothekertoten und möglichen Entschädigungsansprüchen den Verantwortlichen ruinieren können. Denn selbst Versicherungsgesellschaften werden die Auszahlung der Ersatzaufträge ablehnen, wenn die Treppenhäuser usw. nicht beleuchtet waren. Wer also die Treppenhausebeleuchtung aus Ersparnis- oder Bequemlichkeitsgründen unterläßt, steht ständig in größter Gefahr. Selbst das Schließen der Hausüre bei eintretender Dunkelheit gewährt keinen unbedingten Schutz, da erfahrungsgemäß in Häusern mit mehr Parteien sehr oft trotz Schließung die Hausüre aus Unachtsamkeit oder anderen Gründen offen steht. Im Ernstfall den Nachweis zu erbringen, daß die Türe rechtzeitig geschlossen wurde, wird meist schwer halten, weil gemöhnlich die Zeugen fehlen werden. Deshalb besser vorbeugen, d. h. die Treppenhäuser beleuchten!

Die neuen Angemessenheitspreise für Marktwaren für die Zeit vom 15. bis 21. Oktober.

Die gestrige Sitzung der Preisprüfungscommissionen Mannheim und Ludwigshafen fand im Stadthaus Ludwigshafen statt. Der Vorsitzende des Preisprüfungsamtes Ludwigshafen Dr. Zwick kam zunächst auf die im gestrigen Mittagsblatt veröffentlichten Großhandelspreise für Kartoffeln in der Pfalz zu sprechen, die in der vergangenen Woche ermittelt worden sind. Dazu sei bemerkt, daß diese Preise keine Höchst- oder Mindestpreise sind, sondern lediglich die Preise darstellen, wie sie auf Grund der von den Großhändlern vorgelegten Rechnungen ermittelt wurden. Die bayerische Regierung hat eine Verfügung erlassen, wonach allwöchentlich die sogenannten „Börsepreise“ festgestellt werden muß. Die Kommission, die für die Pfalz gebildet wurde, besteht aus je zwei Vertretern der Erzeuger, der Großhändler und der Verbraucher. Von den Mitgliedern der Preisprüfungscommission wurde ausschließlich zum Ausdruck gebracht, daß durch ein solches Bestehen zweier Kommissionen, von denen die eine Großhandelspreise ermittelt, die andere aber Kleinhandelspreise mit bindender Kraft festsetzen soll, die Tätigkeit der eigentlichen Preisprüfungscommission für Marktwaren sehr erschwert wird. Zu den veröffentlichten Preisen muß zudem hinzugefügt werden, daß die zu 450 und 500 Mark notierten Industriekartoffeln keine Handelsware sind, also als Preismesser überhaupt nicht in Frage kommen. Zu den im Handel üblichen Kartoffeln gehören lediglich die rotschalenigen, weißschalenigen Kartoffeln, für die ein Preis von 340 bis 380 Mark ermittelt wurde. Des Weiteren wurde noch mitgeteilt, daß mit Zustimmung der bayerischen Regierung die Stadtverwaltung Ludwigshafen eine Verordnung erlassen hat, wonach sämtliche Waren in den Schaufenstern und in den Läden mit sichtbaren Preisen auszeichnen werden müssen. Diese Verordnung wird wahrscheinlich bald für die ganze Pfalz und vielleicht für das gesamte deutsche Gebiet für verbindlich erklärt werden. Auf Verlangen der Ludwigshafener Handelskammer wurde auch eine Bestimmung aufgenommen, wonach bei Kohlenlieferungen ins Haus die Kohlen auf Wunsch nachgezogen werden müssen, da dies schließlich über Minderergewicht gefast worden ist. Durch diese neue Verfügung kann vor allem auch erreicht werden, daß die Waren auf den Wochenmärkten obligatorisch sichtbar mit Preisen ausgezeichnet werden müssen, so daß mander unläuteren Preisstreitbeet ein Regel vorgegeben werden kann. Von Ludwigshafener Seite wurde auch dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß Mannheim möglichst bald an die badische Regierung herantritt, um gleichfalls die Pflicht der Preisauszeichnung an sämtlichen Waren zu erreichen.

Bei der Preisfestsetzung für Kartoffeln wurde betont, daß ein starker Mangel an diesem Lebensmittel eingetreten ist, da die volle Witterung die Bauern an der Ernte behindert, und andererseits Bayern und Württemberg die Ausfuhr gesperrt haben, bis die eigene Bevölkerung versorgt ist. Lediglich die Pfalz steht uns offen, die hierherzu gegen das Saargebiet abgeperrt ist. Der Preis wurde auf 450—480 M. festgelegt. Das ist der Preis, der auch

bisher hier auf dem Markt bezahlt wurde. Zugleich konnte von Großhandelsseite die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß die gefürchtete Kartoffelfäule der Ernte keinen großen Schaden zugefügt hat. Der Preis für Blumentohl wird nicht mehr notiert werden, da sich hier kein einheitlicher Preis durchsetzen kann wegen der allzu großen Verschiedenheit der Ware. Der Preis für rote Rüben mußte auf 3.50—4 M. erhöht werden. Auch der Preis für gelbe Rüben und Karotten wurde etwas erhöht, um die Zufuhr zu heben. Der Richtpreis für Zwiebeln wurde von 7—9 M. auf 10—12 M. heraufgesetzt. Neu aufgenommen wurde die Notierung für Meerrettich, der bis zu 25 M. verkauft werden soll.

Von Händlern des Mannheimer Wochenmarktes wurde erhebliche Klage über das unsachgemäße Einschreiten der Polizeibeamten geäußert. Man hofft diesem Uebel in absehbarer Zeit abhelfen zu können, da voraussichtlich die hiesige Gewerbe-polizei in städtische Dienste übergehen wird. Im übrigen ist das Preisprüfungsamt stets bereit, die Anzeigen zu prüfen und über die Vorzüge Gutachten für die Staatsanwaltschaft auszuarbeiten, um Ungerechtigkeiten und Härten zu vermeiden.

Angemessenheitspreise. Infolge des heutigen Beschlusses der Preisprüfungsstelle sind bis auf weiteres in Mannheim einschließlich Vororte in Kraft: Kartoffeln 4.50—4.80 M., Spinat das Pfund 8—10 M., Weißkraut 4.50—5 M., incl. Rotkraut das Pfund 4—7 M., Wirsing 4—5 M., rote Rüben das Pfund 3.50—4 M., gelbe Rüben 4—5 M., Karotten 5—5.50 M., Rangold 1—1.50 M., Kopfsalat das Stück 1—2 M., Endivienalat 1—2 M., Zwiebeln 10—12 M., Suppengrün d. B. 1 M., Rauh das St. 1—2 M., Sellerie das Stück 5—8 M., Meerrettich das Stück bis 25 M., Kappes das Pfund 5—7 M., Tafelapfel 7—10 M., Äpfel 30 M., Ebbirnen 5—7 M., Tafelbirnen 7—12 M., Quitten 6—10 M.

22 Avignon-Gefangene begnadigt

Wie dem DRB. mitgeteilt wird, hat nach einem sieben eingegangenen vorläufigen Bericht des französischen Außenministeriums der Präsident der französischen Republik von den noch in Loulon zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen 22 vollkommen begnadigt und die Strafen der übrigen im Gnadenweg gemildert. Die Entlassung der 22 Begnadigten wird in Deutschland mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen werden. Damit wird sich allerdings der dringende Wunsch verbinden, daß auch den letzten vier Gefangenen bald die Rückkehr in die Heimat ermöglicht wird.

Die verständnisvoll und freudig die „Avignoner“ die Lage im Vaterlande beurteilen und verfolgen, davon gibt ein Brief an die Ehrenpräsidenten der Reichsvereinigungen, Hrn. Elisabeth W. Trippacher-Ladenburg, bereiten Beweis. Der Brief lautet: „Wir haben lange nichts von uns hören lassen — heute aber, der letzte Sonntag, der uns von Ihnen, verehrtes Fräulein, zwei hübsche Potete brachte, soll in einem mutigen und letzten Sommergruß an Sie ausklingen. Die vielen Millionen Menschen, die jetzt im Sommer fast sagen — ob sie sich bemüht find, was ihnen der kalte Winter und mit ihm die Ungewißheit bringen werden oder bringen könnten? Es wird immerhin ein Mehr sein an Weiden und Mühen in geduldigem Ertragen. Die alten, ersten, Hresolomen Brüder werden erdrückt von den stundenlangen Sorgen, sie finden sich nicht mehr zurecht im großen Wirrwarr, im neuen Kampfe ums Dasein und möchten am liebsten ihr Leben beschließen; aber in deren Seelen glimmt immer noch ein Funken des Hoffens; sie möchten so gern noch das neue Deutschland erleben und die werdende Erfüllung miterleben, ehe sie zu Grab getragen werden! Möchte der liebe Gott vielen solchen Heldenmüttern noch das „Morgenrot“ erbliden lassen! — Der tolle, ungewisse Winter steht vor der Tür; darum schöpfe du Vaterland noch Mut, speichere ihn auf und arbeite an dem Gedanken: „Wir müssen einig sein — um stark zu werden!“ Es sind wieder Worte, wie sie auch Eugen Hebin in Leipzig dem deutschen Volke zurief. Und nun den Jungen die Ermahnung: Ihr schadet Euren Vätern Dank und den erzeuht nur willige, freudige Arbeit! Die allernuesten, überraschenden Ereignisse hat auch uns wieder hoffnungsvoller gestimmt. Neue Kräfte in Deutschland sehen auch zu unserer Befreiung ein. Den Aufstakt brachte die schmelzerische Regierung oder Männer derselben und Mittelsieder, Defektare des Völkerbundes. — Vergessen Sie nicht das herzige Mädchen M-Baltrant zu grüßen und seien besonders Sie herzlich gegrüßt von Ihren dankbaren Toulonern.“

* Aus dem Staatsdienst entlassen wurde auf Antrag Justizminister Graf Becker beim Amtsgericht Mannheim.

Ernennungen. Durch Beschluß des Staatsministeriums wurden die Hauptlehrer Friedrich Käßling, Ludwig Schmitz und Paul Schmid an den Schwerdtfingerklassen in Mannheim zu Leubstumen ernannt.

Verkehrssperren. Aufgehoben ist die Annahmesperre für leere und beladene Möbelwagen nach Mannheim.

Vater, Mutter, Tochter, Sohn waschen das Haar mit Helipon

*) Helipon ist zum Selbstwaschen der Haare unbedingt das Beste. In einschlägigen Geschäften zu 15 Mk. das Päckchen erhältlich.

Muß man „sabotieren“ sagen?

Die Zeitgenossen unter uns erinnern sich noch sehr wohl der Zeit, da in der deutschen Sprache das Wort „sabotieren“ unbekannt war. Es mag etwa über 10 Jahre vor dem Krieg her sein, daß es zum ersten Male bei uns auftauchte und zwar, wenn man so sagen darf, als Fremdwort für eine recht häßliche Sache: nämlich für das mutwillige Zerstören oder Beschädigen von Maschinen und anderen Fabrikgegenständen bei einem Streik. Auf diesen Fall beschränkt hätte man das Wort wie so viele ähnlicher Herkunft — etwa donatieren oder quillotieren — zur Not nachtragen können; wahrscheinlich wäre es, da der ursprüngliche Fall seiner Anwendung bei uns vereinzelterweise nur selten eintrat, überhaupt allmählich wieder außer Gebrauch gekommen. So selten es aber auch in seiner eigentlichen Bedeutung bei uns gebraucht wird, um so häufiger tritt es selber in einer gewissen erweiterten Anwendung auf. Es ist ein reines sprachliches Unrecht geworden; man sollte glauben, daß nicht wenige von unseren Zeitungsleuten und Volksrednern fürchten, in den Augen ihrer Gemeinde als nicht ganz vollwertig dazuzufallen, wenn sie nicht durch den öfteren Gebrauch dieses Wortes die volle Höhe ihrer „Bildung“ erweisen haben. Was wird bei uns heutzutage nicht alles „sabotiert“? Die deutsche Republik und der Wiederaufbau Frankreichs, die Pflichten, die einer zu erfüllen hat, und die Politik, die ein anderer verfolgt, das Gesetz über die Bekleidungsfrage und der Friede von Sedres, eine Polizeiverordnung über das Ausweichen beim Fahren und die angeblich von allen erstrebte deutsche Volksgemeinschaft — das alles und noch unendlich vieles dazu wird heutzutage entweder gefördert, befoht, erfüllt, geküßt, unterläßt; — oder aber sabotiert.

Und dabei ist man früher doch recht gut ohne dieses nichtsagende Wort auskommen. Man sprach von „bekämpfen“ oder „verhindern“; „Lähmen“ oder „Lähmen“; „hinterreiben“ oder „durchkreuzen“; auch „entgegenarbeiten“ war den Deutschen kein unbekanntes Wort, und für besondere Fälle fanden auch noch manche gewisse anschauliche und bildkräftige Wendungen wie „Steine in den Weg legen“ oder „Prügel zwischen die Beine werfen“ zur allgemeinen Verständigung. Sollte man damit nicht das, was das nichtsagende „sabotieren“ jemals meint, auch heute noch recht gut zum Ausdruck bringen können? Man versuche es einmal; es wird überraschend gut gelingen. Das gilt natürlich auch für das Hauptwort „Sabotage“, das man mit den entsprechenden Bildungen gleichfalls recht gut zum Ausdruck bringen kann — namentlich wenn man zur „Bekämpfung“, „Verhinderung“, „Sabotierung“ usw. auch noch die „Dauerleistung“ und ähnliche lebendige Bildungen der Volkssprache zu Hilfe nimmt. In die eigentliche Umgangssprache hat das Madewort

abgedies bis jetzt noch kaum Eingang gefunden — da scheuen die Leute doch nicht ein hohles Lächeln des Gegenübers über ihre „geschwollene“ Redeweise; hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo „man“ sich auch im geschriebenen Deutsch nicht mehr traut, „sabotieren“ und „Sabotage“ zu sagen, weil man fürchtet, sich damit vor Leuten mit Sinn für natürliches „Deutsch“ lächerlich zu machen. Dr. Karl Schneider

Kunst und Wissen

Freier Bund. Gestern abend begannen die Vorträge: Dr. G. B. Hartlaub eröffnete die Vortragszeit mit dem ersten Bilde seines Zykklus „Italienische Reife“. Benedigt! Zu Hunderten waren die Zuhörer herbeigeströmt, und wohl selten ward ein Vortrag mit so gespannter Aufmerksamkeit aufgenommen wie gestern. Nur selten ward eine solche Fülle von Erinnerungen und Gefühlen entfesselt. Alte Stollenfahrer sahen neben solchen, die das Sehenswürdigste der Deutschen noch nicht ersehnen. Kammt auch Ihre Stunde? Werden wir anderen Italien nochmals grüßen, nochmals beneidigen? Werde ich selbst empfinden wie einst und noch einmal schreiben dürfen, was ich vor zwölf Jahren in eins meiner ersten Bücher eintrug? „Ich habe Benedigt besser kennen gelernt als mancher, der Sonette von ihm dichtete oder Romellen darüber schrieb. Denn das ist der Reize höchster nicht und nicht immer das Stimmungsvollste, durch die großen und kleinen Kanäle gerudert zu werden, unter Brücken hindurch, über die, so mächtigst sie sich auch spannen, das Leben mit selbstverleiblichen Schritten hinführt. Aber es ist immer Stimmungsvoll, zu Fuß durch Benedigt zu wandern, auf diesen Brücken lebend zu bleiben und hinunterzublicken in das dunkle Wasser. Da liegen die Sterne am Grunde oder das Rarmorweh des Bogens, der dich trägt. Und du siehst dein Antlitz selber aus der Bergeshöhle zu den stillen Palästen emporbliden. Weich, ferne, wie auf einem uralten Bild. O, Benedigt ist alt! Das sieht du nicht, wenn du am sonnigen Ostermorgen am Rialto siehst und zum Palazzo Foscarini hinunterstauft oder hinüber zur Ca' Doro. Nicht, wenn du an einen der Brunnen siehst, im Rarmorhose des Ducale. Das siehst du nur am nebligen Spätherbstmorgen, der dem windigen Regenige voranzieht. Und dann traust dich, die moischen Paläste freieren, an denen das farbige Wasser hinabspringt. Und du hast Mitleid mit der ärmlichen reichsten Stadt.“

Ernung für einen Holzbildhauer. Einer der tüchtigsten Künstler in der süddeutschen Holzbildhauerei, Josef Fortwängler in Erlberg, der die holzschmittartige Manier in der Durchführung seiner Werke, zu denen die Schwarzwälder Typen überwiegen das Vorbild abgeben, als besonderes Merkmal pflegt, wurde von der großen

deutschen Künstlervereinigung Werkbund zum Werkbundmeister in der Gruppe der Schnitzerei ernannt. Die Auszeichnung ist nur sehr wenigen Bildhauern bisher in Deutschland zuteil geworden. In Baden ist Fortwängler der erste seines Faches, der diese Auszeichnung erhält. Im Schwarzwald ist Fortwängler unter dem Namen der Schnitzerei allgemein bekannt.

Professur Wolf, der Direktor der Sternwarte auf dem Königstuhl, wurde von der bayerischen Akademie der Wissenschaften zum korrespondierenden Mitglied ernannt.

„Piazzetta“ in der Dresdener Staatsoper. Mit großer Spannung hatte man die Dresdener Eröffnung des „Piazzetta“ erwartet. Der neue Generalmusikdirektor Fritz Busch gab die Feiernprobe seiner Opernleistung. Die ersten Kräfte, Fritz Vogelstrom und Friedrich Bläschke, in die sich Berlin und Dresden teilen, gaben die Hauptrollen. Die Sensationslustigen wurden enttäuscht. Preisstimmungen, Ergriffenheit! Pwar empfand man auch in Dresden die Unendlichkeit des in Null Sekunden Dauerankelstreichs im 1. Akt während, dazu die Länge der Monologe, das aus dem Rahmen fallende Tridentiner Konzil im 2. Akt und das Fragmentarische des 3. Aktes. Aber jeder Akt hat sein Starkes. Der Geist wahren Kunststerns durchglüht das ganze Werk. Wie Fritz Busch die „Musikalische Legende“ in ihrer Weltentrichtigkeit entfalten ließ, das war ein Erlebnis, wie wir es seit den besten Schuch-Erstaufführungen hier nicht hatten. Die Part in ihrer herben Schönheit und die berückend volle Polychromie der Musik in ihrer rhythmischen und dynamischen Bereicherung kam unter Buschs Leitung vollendet heraus. Auch die szenische Gestaltung war von Stimmungsreiz. Die neue Erfindung, das Aufsteigen von Personen durch verborgene Pforten, konnte sinngemäß hier angewendet werden. Friedrich Bläschke als Borromeo war ein leidenschaftlicher, stimmungsvoller Kardinal. Fritz Vogelstrom als Piazzetta wuchs in der feinsten Durchdringung über sich selbst hinaus. Wie er die Traut des uralten Liebes vom Erdenwallen des Künstlers in stiller Resonanz erklingen ließ und im Schlußakt das Innere Erleuchteten über das Glück des für die Nachwelt Schaffenden lebte, das löste tiefe Ergriffenheit aus. Und dann lubeste das Haus im Rausche deutscher Kunst. Pflüger, Busch und die Darsteller wurden ungeschickte Rolle geübt.

Johannes Reichelt. Gustav Frenken ist vor einigen Tagen aus den Vereinigten Staaten von Amerika zurückgekehrt. Frenken hat seine Reife im März ds. Js. auf Einladung des Central Relief Committees angetreten, dem das hilfbedürftige Deutschland unzählige Wohlthaten und unsere unterernährten Kinder zu Hunderttausenden ihre Rettung verdanken. Wie stets bei der Verteilung der schon nach Millionen Dollars zu wertenden Liebesgaben des Central Relief Committee, hat

Prüfung der Nahrungsmittelchemiker. Auf Grund der bestanden Hauptprüfung erhielt im Prüfungsjahr 1921/22 Katharina Sugen aus Mannheim den Befähigungsnachweis für Nahrungsmittelchemiker erteilt.

Frauenvereine und Mittelstandsfürsorge. Der Vorstand des Böbighen Frauenvereins hat die Zweigvereine aufgefordert, gemeinsam mit anderen Organisationen die Mittelstandsfürsorge in die Hand zu nehmen, insbesondere auch für Arbeitsverdienst befragt zu sein und die Bedürftigen darauf aufmerksam zu machen, daß durch Vermittlung der Gemeinden an Kleinrentner und alle bedürftige Personen Winterbeihilfen gewährt werden können.

Eine neue Warnung vor dem heimlichen Studium hat das zuständige bayerische Staatsministerium erlassen. Der Bescheid von Beamten für den höheren Justizdienst wird für die nächsten Jahre nur gering sein. Für das kommende Jahr 1923 wird für die Pfalz die Zahl der zugelassenen Bewerber 15-20 nicht übersteigen. Nach übereinstimmenden Mitteilungen der Anwaltskammern ist auch die Rechtsanwaltschaft stark überfüllt.

Eine Mannheimer Diebesgesellschaft stiehlt der Gemeinde Rittersbach einen Besatz ab und plünderte nach Mitternacht mehrere Keller aus. Die Diebe schleppen mehr als 100 Eier, ferner Butter, Fleisch usw. in großen Mengen fort.

Wo kommt der Jude hin? Diese Frage wird recht deutlich durch folgende Meldung aus Essen beantwortet: Die Wucherzinsen des Volksgeldprämiens ist ausgedehnten Steuerhinterziehungen und anderen Unregelmäßigkeiten in der Spirituosenbrennerei Krautkramer auf die Spur gekommen. Der Brennereibesitzer hatte ein geheimes Abzweigrohr anlegen lassen, das einen erheblichen Teil des täglich erzeugten Sprits abfing und deshalb der Besteuerung entzogen wurde. Durchweg wurde nur des Nachts das Abzweigrohr benutzt, während tagsüber die Kontrolluhr ordnungsmäßig funktionierte. Mit dem Brenner im Bunde stand der Zollbeamte, der die vorgeschriebenen zollamtlichen Messungen in der Brennerei vorzunehmen hatte. Die Zollbeamten, die normittags erschienen, um die Messungen vorzunehmen, wurden zunächst in die Privatwohnung geführt, dort mit Wein, Zigarren und einem köstlichen Frühstück bewirtet, während in der Zwischenzeit in der Brennerei die entsprechenden Maßnahmen getroffen wurden. Der Brenner hatte nur die Kanäle zur Obstverwertung, aber er ging im Laufe der Zeit zu einer umfangreichen Zuckerverarbeitung über. Tausende von Zentnern Zucker hat er für die Spiritusherstellung verwendet. Diese Betrügereien wurden zwei Jahre hindurch fortgesetzt, bis sie auf eine anonyme Anzeige hin aufgedeckt wurden. Der ehemals ganz arme Brennereibesitzer ist inzwischen ein reicher Mann geworden und besitzt zahlreiche wertvolle Häuser, die jetzt nach Aufdeckung der Steuerhinterziehungen beschlagnahmt worden sind. Die Höhe der Steuerhinterziehungen steht noch nicht fest, sie gehen aber in die Millionen. Der Brennereibesitzer und der pflichtvergessene Zollinspektor sind verhaftet worden.

Das Fest der Silbernen Hochzeit feiert am 14. Oktober Herr Jakob Schaffel, H. D. Langstr. 3, Kellermeister der Geschäftsführer der Raucherzeugungs-Gesellschaft mit seiner Gattin Bertha. Festgesellschaft ist das Jubelpaar 23 Jahre Besitzer des Mannheimer Konzertsängers. Wir gratulieren herzlich!

Veranstaltungen

Iheaternachricht. Heute Freitag wird Gounods Oper 'Martha' im Nationaltheater zum 150. Male aufgeführt. Die Titelpartie singt Anna Geier, die Partie des 'Gebel' zum ersten Male Grete Hofen. Die übrigen Hauptpartien sind mit Betty Koller, Josef Burgwinkel, Wilhelm Hentzen und Karl Jäger besetzt. Kostümische Leitung Paul Bresslau, Spielleitung Eugen Gebrach. In der Sonntag zur Aufführung gelangenden phantastischen Oper 'Die Vögel' von Walter Braunfels sind in den Hauptpartien besetzt: Irene Eben, Ida Schäfer, Elisabeth Trautmann, Fräulein Baxling, Hans Bohling, Josef Burgwinkel, Mathieu Frant, Karl Mann.

Konzertverein. Der erste Kammermusikabend des Konzertvereins findet heute Freitag statt. Das Besetzungsteil wird von Beethoven das Streichquartett op. 130, von Haydn op. 3 und 5 und von Reger das Klavierquartett op. 133 zum Vortrag bringen. Am Flügel Rudolf Berlin.

Im 10. Hof-Gottesdienst der Konföderation wird am Sonntag Frau Dr. Selb zwei Vorträge zum Vortrag bringen: 'O Befreiung' von Bach und 'Sei stille dem Herrn' von Mendelssohn.

Der Club 'Stella-Nova' e. V. eröffnete in der überfüllten Loge 'Karl zur Eintracht' die Saison 22/23 mit Tanz-Revue. Von den Firmen Barber, Dressfuß, Appel und Cielina u. a. haben waren dem Club in lebenswunderlicher Weise die nötigen Ausstattungs-materialien zur Verfügung gestellt worden. Das Tanzpaar Rudi und Wally, welches mit einem Kofoto-Tanz die Revue eröffnete, erhielt unter der vorzüglichen Begleitung des Klaviervirtuosen S. S. einen glänzenden Erfolg. Fräulein Rita Harbit, welche alsdann mit einem traumhaften sowie Sphener-Tanz folgte, wurde mit großem Beifall besetzt. Das Tanzpaar Polka und Wagt führte in erster und eleganter Weise die neuesten Tänze mit so großer Bravour aus, daß es ohne Einlagen nicht obging. Mit einigen Stechern zur Pause schreute Fr. Carolina Schuhmann die Mitglieder und Gäste.

auch bei der Entsendung Freisens als eines Sendboten des deutschen Mutterlandes das Deutsche Rote Kreuz vermittelt. Gustav Freytag hat in ähnlichen größeren Städten der amerikanischen Union, in denen beträchtliche deutsche Siedelungen sind, Vorträge gehalten und die Hilfsbereitschaft und herliche Gemeinschaft außerordentlich gefördert. Auch Präsident Harding bereite ihm einen ehrenvollen Empfang und sprach sich beifriedigt über den Erfolg seiner Mission aus, die im Interesse der nolleidenden Kinder Deutschlands zu begründen ist.

Alexander Niese f. Im Alter von 83 Jahren verstarb Prof. Alexander Niese. Mit ihm scheidet einer der ersten Archäologen und Historiker Deutschlands aus dem Leben, der sich vor allem der Erforschung der Römerzeit in Süddeutschland mit reichem Erfolge gewidmet hat.

Stegfried Wagner hat seinen seine Erinnerungen vollendet, die eine Reihe interessanter Einzelheiten über Richard Wagner und den ihm nachfolgenden Kreis bringen und demnach in der Reihe der 'Kunstkalischen Volksbücher' im Verlag A. Engelhorns Nachf. in Stuttgart erscheinen werden.

Ein neues Museum in M. Gladbach. Der Erfurter Museumsdirektor Dr. Raesch hat seiner Vaterstadt M. Gladbach seine umfangreiche Gemäldesammlung geschenkt. Es hat sich bereits ein 'Kunstverein der Dr. Raesch-Stiftung' gebildet, der als Eigentümer der Sammlung u. a. ihre würdige Unterbringung sorgt. Die Eröffnung soll Mitte Oktober stattfinden. Nebenbei wie beim Volkswang-Museum handelt es sich zunächst um Kunstwerke der jüngsten Zeit. Heft, Kauen, Holde, Kofels sind die Hauptnamen. Aber man will über den engen Rahmen hinausgehen und versuchen, die Sammlung nach allen Seiten zu ergäuzen, auch durch Werke älterer Kunst. Für die Stadt M. Gladbach und den ganzen Niederrhein ist der Erwerb ein Gewinn von hohem Werte.

Schöpfung der Hochschulgeldern. Die Kollegialer und sonstigen Gebühren an den Universitäten und Technischen Hochschulen Breuhens wurden etwa auf das Dreifache erhöht. Die Gebühren der ausländischen Studierenden wurden auf eine der Markentwertung entsprechende Höhe gebracht.

Das weltbekannte Konservatorium für Musik in Leipzig steht sich für das Wintersemester 1922 einem Fehlbetrag von 2 1/2 Millionen gegenüber, wobei den Lehrkräften auch nur das zum Lebensunterhalt unbedingt Notwendige an Gehalt gewährt werden kann. Bei dieser katastrophalen Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Gesamtlage ist der Fortbestand des Konservatoriums aufs schwerste gefährdet, wenn ihm nicht mit öffentlichen Geldern Hilfe zu teil wird. Um das allbekannte Konservatorium nicht untergehen zu lassen, beschloß der Rat der Stadt, den Fehlbetrag auf den städtischen Haushaltsplan zu übernehmen. Wegen Lebernahme der Hälfte des Fehlbetrags durch den Staat sollen gemeinschaftlich mit dem Konservatorium die nötigen Schritte unternommen werden.

Kommunale Chronik

Schwehingen, 10. Okt. Die hiesige Wohnungskommission hat sich aufgelöst und ihre Kommittee der Gemeindebehörde zur Verfügung gestellt, weil die Wohnungsmangelverordnungen mikiadiert worden ist und viele Personen trotz der Beschlagnahme der Wohnungen solche widerrechtlich bezogen und besaßen. Da der Wohnungskommission keine Maßnahmen zur Verfügung standen, so konnte sie ihren Anordnungen auch keinen Nachdruck verleihen.

Durlach, 9. Okt. Da das Veranlagungsverfahren noch nicht so weit durchgeführt ist, daß Klarheit über die für die gemeindliche Besteuerung zur Verfügung stehenden Steuerwerte besteht, und es zur Zeit unmöglich ist, ein auch nur einigermaßen der Wirklichkeit entsprechendes Bild über den Haushaltplan und das sich aus ihm ergebende Besteuerungsbedürfnis zu bieten, beschloß der Stadtrat in seiner letzten Sitzung, dem Bürgerausschuß die Erhebung einer vorläufigen Umlage aus Liegenschafts- und Betriebsvermögen für das Rechnungsjahr 1922/23 im Betrage von 10 Mk. von je 100 Mk. Steuerwert der Gebäude und des gewerblichen, land- und forstwirtschaftlichen Betriebsvermögens; 15 Mk. von je 100 Mk. Steuerwert der einzelnen geschätzten Grundstücke, und 20 Mark von je 100 Mark Steuerwert der klassifizierten und diesen gleich zu behandelnden Grundstücke, der einzelnen geschätzten Hofgüter und des Waldes vorzuschlagen. Ferner wurde dem Bürgerausschuß der Antrag unterbreitet, zur Beschaffung von Wintervorräten (Lebensmitteln, Brennstoffen usw.) für die beim städtischen Fürsorgeamt in Fürsorge stehenden Familien einen Kredit von 1 Million Mark zu bewilligen.

R. Teiberg, 11. Oktober. Der Gemeinderat hat die Gaspreise ab Oktober auf 24 Mark für die Besitzer in Teiberg und 26 Mark für Schönach festgesetzt. Dabei wurde die Mindestbezugsmenge für den Monat von fünf Kubikmeter bemessen. Der Jagdpreis wurde von 400 auf 3500 Mark erhöht. Weiter wird die Aufnahme eines weiteren Anlehens von einer Million bei der Sportbank bewilligt.

Freiburg, 10. Okt. Für die Anlage des Industriegebietes im Westen der Stadt hat der Stadtrat einen weiteren Nachtragkredit von 3 500 000 Mark bewilligt. Außerdem bewilligte der Stadtrat weitere 20 Millionen Mark zur Erhöhung des früher bewilligten Baukredits von 30 Millionen Mark zur Förderung des Wohnungswesens.

Frankenthal, 11. Okt. In der jüngsten Stadtratsitzung wurden zur Sammlung Heimatgut 10 000 Mark aus städtischen Mitteln zugewiesen und beim Wohnungswesen gebühren eingeführt, d. h. jeder, der eine Wohnung oder dergleichen zugewiesen bekommt, hat einen bestimmten Prozentsatz (1-4 Proz. je nach Höhe der Jahresmiete) an die Stadtkasse zu bezahlen. Die Friedhofgebühren wurden wie folgt erhöht: in der 1. Klasse von 1200 auf 6000 Mark, in der 2. Klasse von 1000 auf 3000 Mark, in der 3. Klasse von 750 auf 2185 Mark; für Kinder von 6-12 Jahren auf 3000 bezw. 2400 bezw. 1835 Mark. Beschlossen wurde ferner die Ausgabe von 40 Millionen in Wertbeträgen von 500 und 1000 Mark. Bei der Landesfiskusrentenstelle soll für die Kosten der Wasserleitung nach Edighelm und Romersheim ein Anlehen von 4 Millionen Mark aufgenommen werden. Der Fisch vor der im Bau begriffenen Turnhalle wurde gegen 17 Grimmen 'Wag der Republik' genannt.

Neustadt a. S., 11. Okt. Eine Beschwerde an das Sozialministerium in München hat der Hausbesitzerverein Neustadt in seiner Mitgliederversammlung beschlossen. Der Mietzinsbildungsausschuß hat einen Vorschlag von 600 Prozent auf die Grundmiete beschlossen, während der Hausbesitzerverein 1200 Prozent gefordert hatte. In der Beschwerde soll besonders betont werden, daß die in Antrag gebrachten 450% für die laufenden Reparaturen viel zu gering seien. Der Geschäftsführer des Neustädter Hausbesitzervereins erklärte, daß die Hausbesitzer nicht mehr an Reparaturen leisten können und werden, als sie von den Mietern Geld bekommen. Der Vorsitzende teilte weiter mit, daß die gesamten Mitglieder der Wohnungskommission ihre Kommittee niedergelegt hätten, weil sie fortgesetzt angefeindet würden. Allgemeine Zustimmung fand eine Aeußerung des Herrn Schönig, welcher behauptete, daß die Erfolge des städtischen Wohnungsamtes in keinem Verhältnis ständen zu den Kosten dieses Amtes. Der Vorsitzende bemerkte hierzu, daß der Vorstand des Wohnungsamtes, Herr Kies, sich wegen Lebererkrankung krank gemeldet habe, der zweite Beamte, Herr Roth, ebenfalls zwangsgemeldet sei und auch ein dritter Beamte sich krank gemeldet habe. Das Wohnungsamt sei also aufregend und diese Aufregung solle uns überlich etwa 1 Million Mark. Nach diesen Ausführungen wurde aus der Versammlung wiederholt der Wunsch laut, das städtische Wohnungsamt aufzuheben, da ja doch keine Wohnungen vorhanden, also auch keine zu vergeben seien.

Frankfurt, 12. Okt. Der Magistrat hat der Erhebung einer Gast-Steuer zugestimmt. Die Stadtratsmitglieder werden endgültig darüber zu entscheiden haben. Nach dem Entwurf des Magistrats soll jede Person, die sich in Kofelstuben, Bars oder Diner aufhält, von der Eröffnung des Kofels am 7 Uhr abends 100 Mk., nach 11 Uhr 200 Mk., in Kofolen, die Traubenwein in Flaschen abgeben, bis 12 Uhr nachts 25 Mk., nach Mitternacht 50 Mk., in allen Wirtschaften von 12 Uhr nachts ab 25 Mk. bezahlen. In den Kofelwirtschaften herrscht über die beschlossene Schlemmersteuer, wie mit schon mittelsten, große Erregung, und die Angst, dem Personal zum 31. Oktober kündigen und die Betriebe stilllegen zu müssen.

Aus dem Lande

Heidelberg, 12. Okt. Wie das 'Heidelberger Tagblatt' hört, ist das Verfahren wegen Mordversuchs gegen den Landwirt Koch aus Sandhausen, der am 22. Juni wegen eines verurteilten Prozesses den Rechtsanwalt Stadtrat Kaufmann in seinem Büro überfiel und mehrere Revolverkugeln auf ihn abfeuerte, ohne ihn zu treffen, eingeleitet worden. Die ärztliche Untersuchung hat die Unzureichendheit des Wofsch ergeben. Wofsch ist als gemeingefährlich gesteuert dauernd einer Irrenanstalt überwiesen worden. Ein Kofeladjudant treibt hier sein Unwesen. Einer 13jährigen Schülerin wurde gestern abend von einem in den 40er Jahren stehenden Mann der Kopf abgetrennt.

Waldorf bei Wiesloch, 10. Okt. Bei der Bürgermeisterversammlung am Sonntag kam es zu blutigen Schlägereien, bei der die Beteiligten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Ein Arbeiterführer wurde von sechs bis acht Personen mit einem Revolver bedroht und mit scharfen Gegenständen geschlagen. Das gerichtliche Nachspiel wird nicht ausbleiben.

Breilten, 10. Okt. Ein seit einiger Zeit vermißter 17jähriger Burche wurde von spielenden Kindern im neuen Depot erhängt aufgefunden. Er trug die 'Breitener Tagblatt' unter den Nachwirkungen einer Typhuserkrankung Selbstmord verübt.

Jorbach (Ruegatal), 11. Okt. Auf der Straße bei Kamunzang wurde ein toter Mann aufgefunden. Er hatte feinerlich Taschentücher bei sich. Man nimmt an, daß sich der Unbekannte auf einen Holzwagen gefetzt hatte, eingeschlagen war und dann heruntergestürzt ist und den Tod gefunden hat.

Rauhauf, 11. Okt. Das Regenwetter hält im mittleren Schwarzwald, nur dann und wann von einigen Stunden der Besserung unterbrochen, weiter an. Die Niederschläge sind vielfach in Form von außerordentlich starkem Regen gefallen, jedoch die großen zu Tal strömenden Wassermengen die Hochwassergefahr in den unteren Tälern in die Nähe gerückt haben. Besonders bringt die einzig viel Wasser und ist teilweise über die Ufer getreten. Zwischen hier und Gengenbach stehen die Wiesen teilweise trockenweil unter Wasser. Sehr nachteilig ist das nasse Wetter für die Kartoffelente, die zum weltweis größten Teile noch im Boden stecken.

Neustadt i. Schw., 11. Okt. Die Handwerker- und Gewerbevereine des Amtsbezirktes Neustadt haben sich zu einem Bezirksverband zusammengeschlossen.

Königsbachhausen bei Emmendingen, 11. Okt. Durch Feuer ist das Anwesen des Schreinermeisters W. Henninger in Edutt und Hofe gebrannt worden. Henninger hat erst vor ganz kurzer Zeit durch Feuer großen Schaden erlitten. Unter dem Verdacht der Brandstiftung wurde der Lehrling des Schreinermeisters verhaftet.

Aus der Pfalz

Landau, 12. Okt. Der Schlichtungsausschuß hat in der Streitfrage der Hotel- und Gastwirtschaften folgenden Schlichtungsbescheid gefällt: In der Stadt Landau wird die Trinkgeldabfuhr durchgeföhrt. Das Bedienungspersonal erhält einen 10prozentigen Aufschlag des gesamten Rechnungsbetrages der vom Gast verzehrten Speisen und Getränke. Diese 10 Proz. gelten auch für Flaschenweine. Für Bier und offene Weine sollen nur 5 Proz. berechnet werden. Auch für Netto-Zimmerrechnung sind 10 Proz. ans Personal zu vergüten.

Dahn, 12. Okt. Die Landwirte des Bezirks beschloßen, angesichts der guten Kartoffelernte einen Zentnerpreis von 200 Mk. festzusetzen, wofür die Kartoffeln ab Keller geliefert werden sollen. St. Ingbert, 11. Okt. Blutig Rache nahm ein hiesiger Einwohner an einem Verwandten. Seinezeit hatte ein pensionierter Bergmann seinen Schwagerlohn nach einem häuslichen Zwist durch mehrere Messerliche derart verletzt, daß er später an den Folgen der Verwundung gestorben ist. Der jüngere Bruder des Verstorbenen drang nun, in der Wofsch, seinen Bruder zu rächen, in die Wohnung des Pensionärs ein und feuerte mehrere Revolverkugeln auf den Mann ab. Die Kugeln drangen in unmittelbarer Nähe des Herzens in die Brust des Angegriffenen. Der Täter stellte sich freiwillig der Polizei.

Sportliche Rundschau

Pferdesport

Ein achtes Rennen. Der Wirtschaftsbund deutscher Rennfahrer will bei der Obersten Behörde für Vollblutgute und Rennen beantragen, daß für den Rest der Saison bei den Berliner Rennen noch eine achte Programmnummer eingeschoben werden darf. Diese Rennen sollen den Zweijährigen solcher Besitzer vorbehalten bleiben, die noch nicht 200 000 in diesem Jahre gewonnen haben. Eine Entschcheidung über diesen Antrag dürfte schon in den nächsten Tagen fallen.

Zwei Dresdener Renntage in Berlin. Nach dem schweren Fiasko, das der Dresdener Verein mit seinem letzten Rennen hatte, der Wertbezug überstieg allein 1 1/2 Millionen und das Meeting verregnete, will man versuchen, durch Verlegung der beiden noch ausstehenden Tage am 22. und 24. Oktober nach Berlin-Grünwald, wenigstens einen Teil des Ausfalls zu decken. Die Genehmigung der D. B. hierzu liegt bereits vor, jedoch werden andere Termine gewählt werden müssen, da der Oktober in Berlin überreichlich mit Renntagen besetzt ist.

Luftfahrt

Er. Heber 35 Stunden im Flugzeug. In Santiago de Chile ist es zwei amerikanischen Piloten gelungen, ein den Dauerrekord auf 35 Stunden 18 Minuten zu verbessern. Das benutzte Flugzeug war ein Hottervertheinslander (Typ F 4) mit einem 450 PS Liberty-Motor. Die Verbesserung gegen den alten Rekord wäre über acht Stunden. Eine offizielle Bestätigung der Meldung bleibt abzuwarten.

Rudern

Er. Deutscher Rudertag. Unter der Leitung des 1. Vorsitzenden Dr. Rupert fand in mehrstägigen Verhandlungen in Gabel der Deutsche Rudertag des Deutschen Ruderverbandes statt. Vertreten waren 131 Rudervereine und 22 Regattaerwände. Die eingereichten Anträge auf Änderungen der Weisungsbestimmungen wurden zu meist abgelehnt. Im übrigen nahmen die Verhandlungen einen ruhigen Verlauf. Im Vorstand bekleideten alle Mitglieder ihre Stellen. Von öffentlichem Interesse ist noch, daß der nächste Rudertag in Danzig abgehalten wird.

Leichtathletik

Er. Deutsche Leichtathleten in Italien. In dem holländischen Marathonlauf über 42,2 km. in Turin nahmen auch die beiden Berliner Günter Wacht und Wils auf Veranlassung des Verbandes Brandenburgischer Athletikvereine teil. Wacht befehte einen guten dritten Platz. Wils kam als Dreihundertster ein. Sieger wurde der Italiener Banzola in 3 Stunden 1 Minute vor seinem Landsmann Ferret. Auch französische, englische und belgische Läufer waren am Start, konnten sich aber nicht zur Geltung bringen. Zum ersten Male wieder seit 1914 haben also in Italien Läufer des Orientlandes gegen deutsche Läufer gestartet.

Neues aus aller Welt

Das Sout- und Frech-Tel. Anlässlich einer Kofelandsbedeute im Ständigen Ausschuß des Reichstages wurde allgemein der Entschluß und dem Kaiser ausgedrückt über die Ausrichtung des jüngsten Reichstages in der Reichshalle, das zu einem Sout- und Frech-Tel. geworden sei vor den Augen des lauernden Auslandes und denen der erbitterten nolleidenden Volksgenossen. Die Regierung wurde getadelt, daß sie diesen Stand nicht verhehrt habe. Künftig mühten sowohl auf dem Ostberest, wie bei den ländlichen Volksteilen derartige 'Sauerer' verhindert, die Volksteile herabgesetzt, für den bevorstehenden Winter die öffentlichen Hochschingelle ganz verboten und gegen die Schlemmerlotele energisch vorgegangen werden. Der Landwirtschaftsminister Wupelhof erklärte, die Regierung werde diese Dinge nicht länger dulden.

Raubmord im Eisenbahnzug. Sonntag abend fand ein Streckenläufer zwischen Landsberg a. W. und Jechow einen jungen Mann neben dem Geleise tot auf dem Bahnkörper liegen. Die örtlichen Polizeibehörden stellten bei der Leichenbesichtigung fest, daß der Tote am Kopfe schwer verletzt war und einen Knebel im Munde hatte. Der rechte Arm war ihm abgefahren worden. Bei dem Toten fand man Papiere auf den Namen eines am 11. Dezember 1901 zu Berlin geborenen Hausdieners Alfred Zimmermann. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist der junge Mann im Eisenbahnzuge überfallen, ausgeplündert und dann aus dem Wagen hinausgeworfen worden.

Der deutsche Dampfer 'Therese Horne' nicht geantun. Am 10. September nahm, wie damals berichtet, die spanische Dampfer 'Meina B. C.' eine drastische Weidung auf, die den Untergang des deutschen Schiffes 'Therese Horne' ankündigte. Die Mannschaft habe das sinkende Schiff verlassen. Da von dem Schiff und der Mannschaft an dem genau bezeichneten Ort des Unterganges keine Spur mehr gefunden wurde, meinte die Schiffsfahrer vom Kofod die 'Therese Horne' als verloren an. Nun trifft jedoch die Nachricht aus Buenos Aires ein, daß dort am 30. September die 'Therese Horne' mit voller Mannschaft angetommen sei. Künftig hat die 'Therese Horne' einen Maschinenbruch erlitten.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Oktober

Table with 12 columns for days of the month and 2 rows for different locations. Includes data for 'Wasserstand' and 'Wasserdruck'.

Mannheimer Wetterbericht v. 13. Okt. morgens 7 Uhr. Barometer: 754,3 mm. Thermometer: 4,0° C. Richtige Temperatur nachts: 3,0° C. höchste Temperatur gestern: 10,0° C. Niederschlag: 0,0 Liter auf den qm. Windstill, Nebel.

Advertisement for 'Hühneraugen' (corns) treatment. Text: 'Hühneraugen Hornhaut, Schwielen und Warzen beseitigt schnell, sicher und schmerzlos. In 2-3 Tagen verschwinden die Hühneraugen.' Includes a small illustration of a foot.

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Die Steigerung der Ostdevisen

Über die Situation am Märkte der Ostdevisen entnehmen wir einem Berichte des Berliner Bankhauses S. Schoenberger u. Co. folgendes: In der Tschechoslowakei hat die bevorstehende Ernennung Dr. Raschins zum Finanzminister zu einem scharfen Rückgang der hochwertigen Auslandsvaluten an der Prager Börse geführt. Da Dr. Raschin ein scharfer Verfechter der Deflationspolitik ist, so muß mit weiteren Maßnahmen zur Festigung der tschechischen Krone auf dem Weltmarkt gerechnet werden. Man muß daran erinnern, daß Dr. Raschin die Einführung einer Währungsreform auf der Basis der Golddeckung in der Tschechoslowakei befürwortet und daß er diese Devaluation bei einem Stande von 25 Centimes für 100 tschechische Kronen an der Züricher Börse vorzunehmen empfahl. Die Befestigung des jugoslawischen Dinars macht weitere Fortschritte, obwohl das Land ebenfalls eine Kabinetskrise durchzumachen hat. Die in der ersten Zeit der Neuordnung sich bemerkbar machende Materialknappheit, die besonders für den Importhandel sehr nachteilige Folgen hatte, ist nunmehr dadurch behoben worden, daß die Regierung den ihr von der Gruppe Bleier auf Rechnung der amerikanischen Dollaranleihe bereits ausgezahlten Betrag von dreißig Millionen Dollars zum größten Teil für die Versorgung der Importeure mit den nötigen Devisen verwendet. Mit der Auszahlung des Restes der Dollaranleihe in Höhe von 70 Millionen Dollar wird seitens des Finanzministeriums im Laufe der nächsten Zeit gerechnet und es ist beabsichtigt, auch diesen Betrag vorwiegend zur Besserung des Dinar-kurses zu benutzen. Besonders Dr. Plavsky erwartet eine weitere Erholung des Dinar-kurses auf 8,50 Schweizer Franken. Die Besserung des Dinar-kurses hat zu beträchtlichen Käufen der internationalen Spekulation Anlaß gegeben und zu einer fast 10%igen Steigerung des Dinar-kurses geführt. Die Steigerung der heimischen Produktion und die Vermehrung der Ausfuhr werden gleichfalls mit allen Kräften betrieben.

Der Handel in rumänischer Valuta war nicht sehr umfangreich, doch machte sich auf Grund der Konsolidierungsmaßnahmen der rumänischen Regierung eine nicht unerhebliche Befestigung des Lels bemerkbar. — Die ungarische Krone hat sich etwas erholt, wahrscheinlich infolge der zurzeit in Paris schwebenden Anleihenverhandlungen. Der in dieser Zeit stärker einsetzende Export der ungarischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse hat gleichfalls auf die ungarische Krone befestigend eingewirkt. Der Besserung der Krone am Weltmarkt entspricht allerdings keine Besserung der inneren Verhältnisse Ungarns, da die Teuerung im Lande katastrophale Ausmessungen annimmt. Da jetzt erst die Finanzierung der Zucker-Kampagne und des Weinausfuhrgeschäftes beginnt, so ist mit einem weiteren Anwachsen des Notenumlaufes zu rechnen. Die leichte Befestigung der ungarischen Krone dürfte nur von kurzer Dauer sein.

* Das Goldzollaufgeld beträgt für die Zeit vom 18. bis 23. Oktober 43 900%, somit bereits das 439fache.

Tellus A.-G. für Bergbau- und Hüttenindustrie in Frankfurt a/M. Die Verwaltung der Gesellschaft beruft auf den 7. November eine Generalversammlung ein, welcher sie die Erhöhung des Aktienkapitals um 20 auf 50 Mill. \mathcal{M} vorschlägt, da ein starker Bedarf an Betriebsmitteln herrscht. Die jungen Aktien, welche sämtliche als Stammaktien ausgegeben werden, sollen für das laufende Geschäftsjahr volle Gewinnberechtigung genießen und den alten Aktionären zum Kurse von 250% im Verhältnis von 2:3 angeboten werden. Auch für das erhöhte Aktienkapital könne laut Geschäftsbericht mit einer guten Dividende, zum mindesten von 20%, wie im Vorjahre, gerechnet werden. Die der Gesellschaft nahestehenden Unternehmungen arbeiten ebenfalls recht günstig.

Die Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerk A.-G. (Stumm-Gruppe) verteilt auf einem Reingewinn von rund 19 500 000 \mathcal{M} (l. V. rund 12 300 000 \mathcal{M}) 20% (16%) Dividende. Phoenix-Abschluß. Der in der gestrigen Aufsichtsratsitzung der Phoenix A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb vorgelegte Jahresabschluss für 1921/22 ergibt einen Rohgewinn von 190 062 031 \mathcal{M} (l. V. 128 590 033). Nach Abzug von 22 666 642 \mathcal{M} (l. V. 20 305 098) an ordentlichen Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 167 395 389 \mathcal{M} l. V. 108 284 934). Unter Hinzurechnung des Vortrages aus dem Vorjahre von 5 909 716 \mathcal{M} (l. V. 4 623 196) stehen somit 173 305 105 \mathcal{M} (l. V. 112 908 131) zur Verfügung. Es wird der Generalversammlung vorgeschlagen werden, hieraus 50% Dividende zu verteilen. Die G.-V. ist auf den 2. November nach Düsseldorf einzuberufen worden.

Richard Oswald Film A.-G., Berlin. Dem Bericht des Vorstandes über das am 31. März 1922 beendete Geschäftsjahr entnehmen wir folgende Ausführungen: „Die Richard Oswald Film A.-G. hat im ersten Geschäftsjahre ihres Bestehens den Großfilm „Lady Hamilton“, sowie 4 Spielfilme hergestellt. Der Film „Lady Hamilton“ war ein ausserordentlich erfolgreicher. Der Film ist mit Ausnahme von zwei Lizenzgebieten in der ganzen Welt verkauft und hat unseren Abnehmern überall große Gewinne gebracht. Die Filme sind in unserer Bilanz zu einem Preise eingesetzt, der voraussichtlich unserer Gesellschaft erhebliche Ueberschüsse bei der Weltverwertung bringen wird. Debitoren und sonstige Vorräte sind äußerst vorsichtig bewertet. Die

ausgewiesenen Debitoren sind fast restlos gedeckt. Die in der Generalversammlung am 1. Februar 1922 beschlossene Kapitalerhöhung ist in der Zwischenzeit durchgeführt und das sich ergebende Aglo dem Reservefonds zugeführt worden. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr werden von uns als durchaus befriedigend angesehen.“ Der Bruttoüberschuß beträgt 11 773 048 \mathcal{M} . Handlungsunkosten erforderten 8 415 018 \mathcal{M} . Der Reingewinn beträgt 2 958 031 \mathcal{M} , woraus 40% Dividende verteilt werden sollen. In der Bilanz stehen das Bank-Konto mit 9 393 875 \mathcal{M} , das Negativ-Konto mit 1 250 000 \mathcal{M} , das Fabrikations-Konto (betr. Herstellung begonnener Filme) mit 1 851 991 \mathcal{M} und Debitoren mit 5 794 119 \mathcal{M} zu Buch, während Kreditoren mit 1 223 601 \mathcal{M} ausgewiesen werden.

Börsenberichte

Mannheimer Effektenbörse

Mannheim, 12. Okt. Die feste Tendenz für Industrie-Aktien hielt auch heute an. In Benz-Aktien fanden wieder größere Abschlüsse statt zu 820%, ebenso in Fahr zu 870% und in Zellstofffabrik Waldhof zu 1170%. Auch war Geschäft in Mannheimer Gummi zu 850%, Freiburger Ziegelewerke zu 1100%, in Zucker Waghäusel zu 925% und in Wayß & Freytag-Aktien zu 1220%. Dingler'sche Maschinenfabrik notierten 910 G., Cementwerke Heidelberg 1400 G., Karlsruhe Maschinenbau 1400 G., Westeregeln 3300 bez. und Rhenania 1000 G. ex. Bezugsrecht. Von Versicherungs-Aktien sind höher: Assekuranz, Kurs 200 G., und Würtib. Transport-Versicherung 820 G.

Devisenmarkt

Mannheim, 13. Okt. (9.30 vorm.) Es notierten am hiesigen Platze (mitgeteilt von der Mitteldeutschen Creditbank, hier): New York 2790 (2685), Holland 108 000 (104 500), London 12 300—12 400 (11 850), Schweiz 52 100 (50 100), Paris 21 100 (20 250), Italien — (11 450).
New York, 12. Okt. Feiertag.

Waren und Märkte

Mannheimer Produktenbörse

M. Mannheim, 12. Okt. Die Kurse für ausländische Zahlungsmittel wurden heute wesentlich niedriger genannt und im Zusammenhang damit verkehrte der heutige Produktenmarkt in recht ruhiger Haltung. Die Preise lauteten für nahezu alle Artikel niedriger. Weizen war bahnfrei Mannheim zu 11 500—12 000 \mathcal{M} und Roggen zu 10 500—10 600 \mathcal{M} per 100 kg käuflich. Gerste dagegen konnte bei knappem Angebot ihren Preisstand behaupten, man verlangte für Sommergerste bis 11 000 \mathcal{M} und für Wintergerste 10 000 \mathcal{M} für 100 kg. Hafer, süddeutscher Herkunft ist zu 10 500 bis 11 000 \mathcal{M} die 100 kg am Markte. Futtermittel konnten sich im Preise gut behaupten, da die Vorräte nur minimal sind, auch für Rohfutter ist dies zu sagen. Für Mehl war die Stimmung heute ruhig; die Mühlen haben zwar ihren Preis für Weizenmehl Basis 0 bis gegen 1 Uhr noch nicht herabgesetzt und verlangten noch 20 000 \mathcal{M} für 100 kg ab süddeutschen Mühlenstationen, doch war der Konsum in der Lage aus zweiter Hand seinen Bedarf schon zu 18 000 \mathcal{M} einzudecken.

* Erhöhung der Preise für künstliche Düngemittel. Laut Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 6. ds. Mts. werden die Preise für nach dem Stickstoffgehalt gehandelte Düngemittel mit Wirkung ab 1. Oktober wie folgt festgesetzt:

Stoff	bisher	Preis für 1 kg %
1. Schwefelsaures Ammoniak:		
a) für gewöhnliche Ware	29790	24220
b) für gedarrte und gemahlene Ware	30800	24780
2. Salzsäures Ammoniak (Chlorammonium)	29790	24220
3. Natriumammoniumsulfat	29790	24220
4. Natriumammoniumsalpeter mit 40—45% Steinsalz gemischt	29790	24220
5. Kaliumammoniumsalpeter, hergestellt a. Ammonsalpeter und Chloralkalium	29790	24220
Daneben kann der Kallgehalt mit den für Kall im Chorkalium geltenden behördlichen Preisen in Rechnung gestellt werden.		
6. Natriumammoniumsalpeter	35830	29200
7. Knochenmehlammmoniumsalpeter mit mindest. 3% Knochenmehl	29790	24220
8. Gipsammmoniumsalpeter (mit etwa 40% Gips)	29790	24220
9. Ammoniumsulfatsalpeter	29790	24220
10. Kalkstickstoff	26510	21560
11. Blutmehl	3000	3000
12. Hornmehl	26510	21800

Ferner sind die Höchstpreise für wasserlösliche Phosphorsäure in Mischungen aus Superphosphat mit schwefelsaurem Ammoniak, salzsäurem Ammoniak, Ammoniumsulfat und Kall von 26680 \mathcal{M} auf 31150 \mathcal{M} erhöht. Für das Kilogramm Kall in diesen Mischungen darf außer dem jeweiligen Preise für 20% Kall-Düngesalpeter ab Frachtausgangsbahnhof ein Zuschlag von 2425 \mathcal{M} (bisher 1300 \mathcal{M}) berechnet werden.

Preiserhöhung im Weizen. Das Nahrungsyndikat hat, wie die „Frkt. Ztg.“ schreibt, den Aufschlag auf die Listen vom 21. August bzw. 2. Oktober mit Wirkung ab 11. Oktober

von 125 auf 160% erhöht. — Am 29. September wurde den Aufschlag von 50 auf 60%, am 4. Oktober von 60 auf 75%, am 7. Oktober von 75 auf 105%, am 10. Oktober von 105 auf 125% erhöht. Jetzt, einen Tag später, kommt die fünfte Preiserhöhung in vierzehn Tagen von 125 auf 165%. Hier liegt eine jener Fälle ungehemmter Anpassung der Preise an den jeweiligen Dollarkurs vor, die für unsere Gesamtwirtschaft eine schwere Gefahr bilden. Es mag der Rohstoff in diesem Tempo sich verteuert haben, sicherlich aber sind die sonstigen Produktionskosten (Löhne, Gehälter, Frachten u. a.) keineswegs in ähnlichem Tempo gestiegen. Nahrung gehört zu den wichtigsten Gegenständen des täglichen Bedarfs. Wo bleibt die Prüfung der Preisgebung dieses Syndikates, das augenscheinlich nur die augenblicklichen Gewinninteressen seiner Mitglieder kennt, ohne sich der volkswirtschaftlichen Gefahren seiner täglichen Preissprünge bewußt zu sein?

Leinsaatnotierungen. Buenos Aires für Monat Oktober 19,55 (19,90) arg. Pes., für Februar 16,55 (16,70) arg. Pes., Rosario für Oktober 19,10 (19,40) arg. Pesetas.

* Erhöhte Margarinepreise. Die Niederrheinischen Margarinefabriken haben den Margarinepreis um 107 \mathcal{M} das Pfund erhöht, sodaß die billigste Sorte Margarine nunmehr 375 \mathcal{M} kostet.

* Berliner Metallpreise. Für Altplatin wird ein Preis von 7500—7800 \mathcal{M} , für Gold von 1600—1850 \mathcal{M} je Gramm gemeldet.

Vom Wachs- und Paraffinmarkt. (Bericht übermittelt von Ludmar m. b. H. zu Köln a/Rh.) Das Geschäft war in der Berichtzeit recht lebhaft bei steigenden Preisen. Es notierte unverzollte Ware im Großhandel ab Lager Köln: Paraffin (weiße Tafelware, 50/25 Gr., andere Grade entsprechend) per 100 kg 112—113 belg. Frs.; Paraffinschuppen (weiß, 50/52 Gr.) per 100 kg 6,85—6,95 Dollars; Carnaubawachs (fettgrau und couranigrau) per 1000 kg 86—88 Pfd. Sterling; Bienenwachs (je nach Herkunft) per 1000 kg 109—111 Pfd. Sterling; Japanwachs (Originalmarken) per 1000 kg 70 bis 71 Pfd. Sterl.; Hammeltaig (prima weiße Ware, geringere Ware entsprechend) per 1000 kg 45—46 Pfd. Sterl.; Rindertalg (prima hellfarbige Ware, geringere Ware entsprechend) per 1000 kg 42—44 Pfd. Sterl.; verzollte deutsche Veredelungsware: Carnaubawachs (gebleicht) per kg 325—440 \mathcal{M} ; Carnaubawachs-Rückstände per kg 310—425 \mathcal{M} ; Ceresin (weiß und naturgelb, 54/56 Gr., handelsübliche Beschaffenheit) per kg 215—265 \mathcal{M} ; Stearin (prima weiße Ware) per kg 370—482 \mathcal{M} . Der gegenwärtige Zoll beträgt für Paraffin, Carnaubawachs und Bienenwachs 34,50 \mathcal{M} , für Japanwachs 51,75 \mathcal{M} per kg.

Metall-Wochenbericht. (Mitgeteilt vom Deutschen Metallhandel, A.-G. in Berlin-Oberschönewalde.) Die Berichtswache brachte dem deutschen Metallhandel eine starke Aufwärtsbewegung, durch welche die Preise fast wieder auf den höchsten Stand, den wir Ende August ds. Js. zu verzeichnen hatten, emporgeschmett wurden. Die heutigen Notierungen sind etwa 25—30% höher als vor 8 Tagen. Das Geschäft war infolge dieser Bewegung außerordentlich belebt. Sowohl der Handel wie der Konsum nahmen große Mengen Metalle aus dem Markt. Die Tendenz bleibt weiterhin fest, obwohl genügend Material vorhanden ist. Am Londoner Metallmarkt schwächte sich Kupfer nach anfänglicher starker Befestigung wieder etwas ab und schließt etwa 1/2 Pfund per engl. Tonne unter dem Preise, der vor 8 Tagen Gültigkeit hatte. Die übrigen Metalle hatten sämtlich feste Tendenz aufzuweisen. Zinn ist etwa 2 Pfund, Blei etwa 1/2 Pfund und Zink etwa 1/2 Pfund höher als vor 8 Tagen. Die heutigen Preise für den deutschen Konsum stellen sich ungefähr wie folgt: Elektrolytkupfer per Oktober 575—585 \mathcal{M} , Hüttenblei 220—230 \mathcal{M} , Hüttenrohblei, Marke Ziro RR, 885 bis 305 \mathcal{M} , Feinzink, Marke 99,99%ig, 430—440 \mathcal{M} , Bankzinn 1870—1900 \mathcal{M} , Swaltsinn 1870—1900 \mathcal{M} , Hüttenzinn, 90%ig, 1540—1560 \mathcal{M} , Antimon regulus 220—240 \mathcal{M} , alles per 1 kg.

Berliner Metallbörse vom 12. Oktober

Preise in Mark für 1 kg.		11. Okt.	12. Okt.	11. Okt.	12. Okt.
Elektrolytkupfer	575-585	575	585	Aluminium (Barr.)	101
Hüttenkupfer	200-210	200	210	Zinn, asiatisch	1825-1835
Blei	215-225	215	225	Hüttenzinn	190-1910
Nickel (Vb.-Pr.)	4000	3980	4000	Nickel	150-1600
do. (Fr.-Vork.)	450-470	440-460	450-470	Antimon	270-300
Platinzink	320-330	320-330	320-330	Silber für 1 kg.	1620-1630
Aluminium	1030	970	1030	Platin p. Gr.	4800-4900

London, 12. Okt. (WB) Metallmarkt. (Je Lot für 1 v. 1015 kg.)		bestellbar	60.-	66.-	66.-	
Kupfer Kass	63.15 (62.7)	Nickel	144.-	144.-	Zink rpyt.	28.25
do. 3 Monat	63.75 (62.8)	Zinn Kass	167.50	167.50	Goldalter	12.75
do. 3 Monat	71.-	do. 3 Monat	167.50	167.50	Antimon	34.-

Schifffahrt

Dampferbewegungen des Norddeutschen Lloyd Bremen.
Bremen—New York: D. „Pres. Harding“ am 5. 10. ab Cherbourg. D. „Yorck“ am 7. 10. ab Bremerhaven.
Bremen—Brasilien: D. „Hameln“ am 4. 10. ab Teneriffa. D. „Porta“ am 5. 10. Dover passiert. D. „Nienburg“ am 5. 10. von Buenos Aires.

Verleger, Drucker und Verleger: Dr. Hans Brandt, Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E 6, 2.
Direktion: Hermann Geome, — Uebersetzer: Kurt Fischer.
Verantwortlich für Inhalt: Dr. Fritz Gammes; für Handel: Rüdiger Petersen; für Briefkasten: Wilfried Roderer; für Beliefs und den übrigen redaktionellen Inhalt: Franz Rixler; für Anzeigen: Karl Hügel.

Für jede elektrische Auto-Beleuchtung unentbehrlich

OSRAM
AUTO-LAMPEN



